

Diese Zeitung erscheint jede Woche Samstags.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnetten-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Weg. Druck von E. A. S. Weister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münststraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Streiks und Volkswirtschaft.

I.

Nicht nur Gesehe und Rechte, sondern auch falsche volkswirtschaftliche Ansichten erben sich wie eine ewige Krankheit fort. Von den Gegnern der Arbeiterbewegung werden sie sehr gern gegen die Gewerkschaften ausgespielt, um deren Tätigkeit zu diskreditieren. Und da es sich dabei um sachliche Einwände handelt, sind sie wohl geeignet, die Aktionen der Arbeiterorganisationen zum Teil nicht nur als nutzlos, sondern gar als schädlich erscheinen zu lassen. Die Feinde der Arbeiter akzeptieren solches Urteil selbstverständlich mit Freuden, aber auch die Freunde können sich der ungünstigen Schlussfolgerung nicht entziehen, wenn sie die Voraussetzungen, von denen die Gegner ausgehen, als richtig anerkennen. Wenn man z. B. die vielfach bekundete Ansicht als richtig anerkennt, daß ein Streik das „Nationalvermögen“ schädigt und auf jeden Fall einen Einkommensverlust für die Arbeiterschaft im Gefolge habe, weil die Lage der Arbeitsruhe unwiederbringlich verloren seien, dann muß man naturgemäß auch eine gewisse Schädigung der Volkswirtschaft durch den Streik als Folge von Streiks usw. anerkennen und daher auch die entsprechenden Schlussfolgerungen.

Wundern muß man sich, daß dergleichen irrtümliche volkswirtschaftliche Ansichten in der Öffentlichkeit überhaupt vertreten werden können. Was tatsächlich in dieser Beziehung geleistet wird, davon kann man besonders in der Tagespresse erstaunliche Proben genießen. Es werden z. B. eines Tages an der Börse die vorher infolge von allerschwindelnachrichten in die Höhe getriebenen Kurse irgendwelcher Papiere durch Gegenmaßnahmen zurückgeworfen; der wilde Haufe folgt eine panikartige Panik. In den nächsten Tagen liest man tiefgründige und moralisch abgestimmte Erörterungen über eine furchtbare Schädigung des „Nationalvermögens“. Worin die Schädigung besteht, das bleibt das Geheimnis der Meinungsirrer. In Wirklichkeit ist kein Pfennig Verlust nachzuweisen. Die Börsenjobber veräußern sich gegenseitig. Große Summen haben den Besitzer gewechselt. Das ist alles. Nationalvermögen ist dabei nicht verloren gegangen. Derselbe Vorgang vollzieht sich bei großen Konkursen, Bankzusammenbrüchen usw. In allen solchen Fällen wird von Verlust am Nationalvermögen fabuliert. Gerade so gut könnte man von Verlust reden, wenn man 10 Pf. von der linken in die rechte Hosentasche steckt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist es erforderlich, zunächst die Begriffe Nationalvermögen und Volkvermögen kurz zu umschreiben. Das Volkvermögen reduziert sich für die breite Masse des Volkes, für seinen Güter produzierenden Teil, auf die Güter seiner Lebenshaltung, seinen Gesundheitszustand und seinen Anteil an ideellen Kulturgütern. Von dem Besitzrecht an allen Gütern, die man als „Nationalvermögen“ bezeichnet, sind die Arbeiter fast vollständig ausgeschlossen. Unter „Nationalvermögen“ versteht man nämlich die ganze Summe der materiellen Güter eines Landes, als da sind: das vorhandene Geld (Kapital), das von Inländern im Ausland angelegte Kapital, alle Produktionsmittel, Fabriken, Eisenbahnen, Schiffe, Grund und Boden, Vieh, Mineralische, Häuser, Möbel, Kunstwerke usw. Sieht man von dem bischen proletarischen Hausrat ab, dann bleibt dem Arbeiter wenig Anteil am Nationalvermögen übrig. Für die Besitzenden ist das Nationalvermögen eine angenehme Sache, für die meisten Proletarier ist es ein leerer Begriff. Nationalvermögen und Volkvermögen sind nicht nur keine konformen Begriffe, in kapitalistisch entwickelten Staaten charakterisieren die Worte sogar himmelstreichende Gegensätze. Neben dem ausschweifendsten Reichtum wohnt das grauhafteste Elend, die entsetzlichste Armut. Wo Millionäre und Milliarden haufen, prassen und schlemmen, da gehen unzählige Menschen an chronischer Unterernährung zugrunde. Rußland ist auch ein reiches Land; sein Schicksal birgt unermessliche Reichtümer, aber das Volk ist arm, Not und Mangel bezimern seine Reihen. Der Nationalreichtum ist ihm kein Segen, er ist ihm Fluch und Verderben. Trotz des reichen Segens der Agrarkultur seines Landes darbt der russische Bauer. Und was eignet bei uns dem Proletarier? Nach Berechnungen bürgerlicher Nationalökonomien soll das Volkvermögen, das heißt der Reichtum Deutschlands, alljährlich um 3 bis 4 Milliarden wachsen. Spürt das Volk von diesem Reicherwerden etwas? Nein! Der Anteil der Arbeiterschaft an der Besitzsteigerung ist so gering, daß das Mißverhältnis zwischen arm und reich immer größer wird. Der Vermögenszuwachs verteilt sich auf eine Haube voll Brot- und fleischwuchernder Junker und Zinsen erraffender Kapitalisten. In industriell entwickelten Staaten wird das arbeitende Volk doppelt ausgeplündert: als Lohnarbeiter vom Kapital, als Konsument durch die agrarische Zoll- und Steuerpolitik. Dazu verweisen industrielle Krisen die Volk-

gesundheit. Obwohl Produktionsmittel genügend vorhanden sind, um alle Bedürfnisse befriedigen zu können, sind Entbehrungen, Sorgen aller Art bei der Arbeiterschaft an der Tagesordnung. Schmalhans ist in Millionen Proletarierfamilien täglich ungebeter Gast. Trotz des stetig wachsenden Nationalreichtums!

Mit dem Konstatieren dieser Tatsache rücken wir der Frage näher, ob Streiks das Nationalvermögen schädigen können. Ausdrücklich sei betont, daß wir bei Beantwortung der Frage selbstverständlich von den Voraussetzungen der bestehenden Gesellschaftsordnung ausgehen. In einer sozialen Ordnung, in der man nicht Waren produziert, um Gewinn zu erzielen, sondern wo nur Güter hergestellt werden mit der Bestimmung der Bedürfnisbefriedigung, da stellt jede willkürliche Unterbrechung der Gütererzeugung eine Schädigung des Volkvermögens dar. Bei der Untersuchung der Wirkung wirtschaftlicher Kämpfe können wir aber nicht den kapitalistischen Rahmen verlassen. Dem Gegner zu folgen, wenn er zur Verteidigung und Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise von Voraussetzungen ausgeht, die erst in der von uns erstrebten Volkswirtschaft erfüllt sein können, das muß man ablehnen. Wenn künstliche Beeinflussung des Angebots die Preise von Lebensmitteln in die Höhe treibt, dann wird selbstverständlich das Volk schärfer ausgeplündert, es wird ärmer, aber der Reichtum der Plünderer schwillt an, diese erraffen das, was die Teuerung dem Volke fortnimmt. Aber das nicht allein! Bei einer andauernden Verteuerung der Lebenshaltung absorbiert diese einen entsprechenden Teil des Einkommens der breiten Masse, die dadurch in dem Verbrauch von Industrieerzeugnissen erheblich geschwächt wird. Die Empfänger der Preisaufschläge sind an Zahl zu gering, um den Ausfall zu decken. Darum resultiert aus der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel durch unsere Schutz-, Grenz- und Steuerpolitik zweifellos eine Schädigung des Volkvermögens. Aber das „Nationalvermögen“ wird durch die größere Ausplünderung des Volkes kaum tangiert. Etwas anderes ist es, wenn einem Lande, das von einem andern in dem Bezuge von Waren abhängig ist, Monopolpreise diktiert werden. Bei Waren, mit denen mehrere Länder am Weltmarkt als Verkäufer auftreten, ist die Preiswillkür nur bedingt und nur zeitlich begrenzt möglich. Anders bei Artikeln wie z. B. Baumwolle. Auf den Bezug von Baumwolle aus Amerika sind alle Länder mit Textilindustrie angewiesen. Treiben die Baumwollspekulanten die Preise der Rohwolle hinauf, dann sind die verschiedenen Länder der Amerikaner tributpflichtig. Wenn auch bei dem internationalen Austauschverkehr in Textilwaren auf dem Wege ebenfalls erhöhter Warenpreise die Steigerung der Rohstoffpreise wieder ausgeglichen werden mag, so resultiert schließlich bei großen und lange wirkenden Aufschlägen für Rohwolle ein Plus zugunsten der Amerikaner. Die Nationalvermögen der abhängigen Länder sind geschädigt, teilweise wohl auch die Volkvermögen, weil eine starke Preissteigerung den Verbrauch und somit natürlich auch die Warenerzeugung einschränkt. Es würde weit über den Rahmen der hier gestellten Aufgabe hinausgehen, wollten wir die Wirkung aller solcher Vorgänge in ihren verschiedenen Möglichkeiten und Ausläufen verfolgen. Hier kommt es nur darauf an, die Haupttendenzen zu zeigen, Begriffsbestimmungen zu umschreiben.

Wir wollen nicht untersuchen, ob in einer vernünftigen Produktionsordnung die willkürliche Unterbrechung der Gütererzeugung das Volkvermögen schädigt, uns beschäftigt nur die Frage, ob durch Streiks innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eine Schädigung des Nationalvermögens herbeigeführt wird, und ob aus der freiwilligen Arbeits einstellen für die Arbeiter ein Verlust an Einkommen resultiert oder nicht. Wird das Nationalvermögen durch Streiks geschädigt? Die Kapitalwächter allerorten und die kritiklosen Nachbeter bürgerlicher Nationalökonomie sagen: Ja! Und doch ist es falsch! Gewiß, Arbeitsruhe unterbricht die Warenerzeugung. Aber die Summe der hergestellten Waren wird nicht bestimmt von der Summe der zur Verfügung stehenden Arbeitskraft. Die kapitalistische Ordnung kümmert sich ebensowenig um das Bedürfnis, wie um die Summe der vorhandenen Arbeitskräfte. Sie läßt trotz unbefriedigten Bedürfnisses mechanische und manuelle Arbeitskraft periodisch ruhen und sie paunt dann wieder für kurze Zeiten die Arbeitskraft in übermäßiger Weise an, treibt damit den tollsten Raubbau, verschleudert in sinnloser Jagd nach Gewinn (Nationalvermögen) Volkskraft, Volkvermögen. Sieht man die Bilanz, so bleibt ein gewaltiger Uberschuß von Arbeitskraft, für die unsere kapitalistische Produktionsordnung keine Verwendung hat.

Ist die Summe der hergestellten Waren nicht abhängig von der Summe der vorhandenen Arbeitskräfte, ist von diesen ein Uberschuß vorhanden, dann müssen sie selbstverständlich in entsprechendem Ausmaß brach liegen. Ob dieses Brachliegen eine Folge mechanischer Produktions einschränkung auf Anordnung der Unternehmer wegen Mangels an Aufträgen

zu einer bestimmten Zeit ist, oder ob es als das Resultat von Streiks — auch Ausplünderungen — wirksam wird: der Effekt ist immer der gleiche! Nur eine zeitliche Verschiebung tritt ein, die aber eine für die Arbeiter durchaus günstige Wirkung ausübt.

Unsre Schlussfolgerung wäre allerdings nicht richtig, wenn die durch Streiks verloren gegangene Arbeitszeit die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufene überwöge. Dann könnte man sagen: Der Verlust infolge von Streiks kann selbst durch Aufhebung der Arbeitslosigkeit nicht ausgeglichen werden! Damit wären allerdings die Streikgegner auch in die fatale Lage versetzt, einzugestehen: auch die Arbeitslosigkeit schädigt das Nationalvermögen! Diese Schädigung kann und will die kapitalistische Gesellschaft aber nicht aufheben. Sie hätte daher schon kein Recht, sich über die Schädigung durch Streiks zu beklagen, solange sie die Arbeitslosigkeit nicht aufzuheben vermag. Einige Zahlen beweisen nun aber noch schlagend, daß dem Kapital in der den Arbeitern aufzuzehrenden Arbeitslosigkeit eine viel größere Summe von Arbeitskraft verloren geht als durch Streiks. Das bedeutet: Ohne Streiks wäre die Arbeitslosigkeit noch größer, als sie jetzt in die Erscheinung tritt! Streiks kürzen lediglich die durch das kapitalistische Wesen bedingte Produktionsunterbrechung, die mangelnde Nachfrage am Warenmarkt hervorruft.

### Die ärztliche Begutachtung in Unfällen.

G. Die Arztfrage spielt bekanntlich eine sehr wichtige Rolle in der Unfallversicherung. Wie aus den Jahresberichten der Arbeiterversicherungsvereine hervorgeht, findet sich fast gar kein Arzt mehr, der selbst für Geld den Unfallverletzten ein Gutachten ausstellt. Dagegen stehen den Berufsvereinigungen alle Verträge zur Verfügung. Ein weiterer Mißstand ist der, daß vielfach ein- und derselbe Arzt als Vertrauensarzt des Schiedsgerichts fungiert, nachdem er zuvor schon in derselben Sache Gutachten im Auftrag der klagenden Berufsgenossenschaft abgegeben hatte. Hier wäre von Gesetzes wegen eine gründliche Änderung notwendig. Was aber bringt in dieser Beziehung der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung? Statt jeglicher Befragung eher noch eine Verschlechterung. Nach § 69 Ziffer 3 des Entwurfs-Unfallversicherungsgezetzes ist wenn auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Teilrente festgesetzt werden soll, der behandelnde Arzt zu hören. Sieht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnis, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. Nach dem § 1564 der Reichsversicherungsordnung ist auf Antrag des Verletzten ein anderer Arzt jedoch erst dann zu hören, wenn der behandelnde Arzt in einem „nicht nur vorübergehenden“ Vertragsverhältnis zu der Genossenschaft steht. Diese neue Bestimmung ist entschieden eine Verschlechterung. Nach der Begründung soll der Zusatz: „in einem nicht nur vorübergehenden Vertragsverhältnis“ erforderlich gewesen sein, weil der Arzt, der von der Genossenschaft gehört wird, schon dadurch in ein „Vertragsverhältnis“ zu ihr trete. Sowohl der Wortlaut des § 1564 wie auch die Begründung dazu ist sehr bedenklich. Wieser war es schon für die Berufsvereinigungen verhältnismäßig leicht, ein Vertragsverhältnis mit den Ärzten zu beitreten, denn die Verletzten konnten in solchen Fällen nur schwer oder gar nicht den gegenteiligen Beweis erbringen. Jetzt aber scheint es den Berufsvereinigungen noch leichter gemacht zu werden, indem ein Vertragsverhältnis zwischen ihnen und den Ärzten kein Hindernis mehr zur Erhaltung eines solchen Gutachtens sein soll, wenn das Vertragsverhältnis nur ein „vorübergehendes“ ist. Was heißt denn eigentlich vorübergehend? Ein Vertrag auf ein oder zwei Jahre kann ebenso als vorübergehend aufgesetzt werden, als ein solcher auf ein halbes Jahr. Und selbst während der kürzesten Vertragsdauer muß man doch ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis des Arztes von der Berufsvereingung annehmen, und das kann den Verletzten niemals zum Vorteil, in gewissen Fällen aber wohl zum Nachteil gereichen.

Was nun die Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen anbetrifft, so beschränken sich dieselben nicht allein auf die Feststellung der physikalischen Folgen des Unfalles, welche Beschränkung ihnen das Reichsversicherungsamt auf Veranlassung des Staatssekretärs des Innern mit einem Rundschreiben an die Berufsvereinigungen auferlegt hat, sondern sie beurteilen auch den Grad der Erwerbsbehinderung des Verletzten. Die Beurteilung der Arzts ist trotz aller Bedenken, die dagegen im Reichstag und anderswo geäußert worden sind und deren Berechtigung Regierung und Reichsversicherungsamt mit dem Erlaß des oben erwähnten Rundschreibens vom 31. Dezember 1901 anerkannt haben, immer die maßgebende Grundlage für die Feststellung der Höhe von Renten gebildet.

In dem vorhin erwähnten Rundschreiben heißt es u. a.: „... Hiernach würde es unzulässig sein, wenn — was vorzunehmen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Arzt angegebenen Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zugrunde legten, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit selbst geprüft zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanischen Wiederholung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herabgedrückt werden würde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes. Hat in einzelnen Fällen der in der Sache gehörte ärztliche Sachverständige auf Erlaßen oder aus freien Stücken auch eine Bemerkung über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegeben, so darf niemals außer acht gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit an sich keine rein medizinische, und daß ihre Beantwortung nicht ausschließlich und in erster Linie Sache des Arztes ist, sondern in der Hauptsache eine der vornehmsten Aufgaben der mit der Rentenfeststellung betrauten Instanzen bildet.“

In der Begründung zur Reichsversicherungsordnung bemerkt u. a. auch die Regierung: „Aus den Reihen der Vericherten bringen fortgesetzt Beschwerden über die Art der Rentenfeststellung in

die Öffentlichkeit? Damit hat also die Regierung selbst anerkannt, daß große Missetaten bestehen. In welcher Weise gedenkt man nun aber Abhilfe zu schaffen? Im ersten Entwurf wollte man bei der Rentenfestsetzung teilweise auch die unteren Verwaltungsbereiche, die Versicherungskassen, miteinbeziehen. Das wäre ein kleiner Fortschritt gewesen. Doch die Großindustriellen in den Berufsgenossenschaften ließen Sturm gegen diese geringe Verbesserung des Gesetzes und ließen die Regierung die Bestimmung im neuen Entwurf wieder fallen und es bleibt alles beim Alten. Mit Hilfe der Ärzte werden die Berufsgenossenschaften sich nunmehr die Rentenleistungen weiter aneignen lassen. In den letzten Jahren haben sich die Ärzte nicht allein mit der Auslegung der Versicherungsregeln beschäftigt, sie geben außerdem den Berufsgenossenschaften noch juristische Ratsschläge und Hinweise auf die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, natürlich soweit diese den Verlegten ungünstig sind.

In welcher Weise die Ärzte ihre Gutachten mißbrauchen, darüber ein paar Beispiele: Ein Dr. D. in Leipzig schloß ein Gutachten mit dem Vermerk, „daß der Verlegte alle mittelschweren und sehr viele schweren Arbeiten verrichten könne, wenn er nur wolle und weniger intensiven Körper beobachte“. — Dr. R. von der Neuroklinik zu Halle a. d. S. gelangte vor zwei Jahren in einem Gutachten zu dem Schlusse: „Selbst wenn ich der Überzeugung bin, daß die Verlegung mit dem Unfall im Zusammenhang stehen, so möchte ich empfehlen, dem p. Sch. keine Unfallrente zu gewähren, vielmehr dürfte eine regelrechte Arbeit das beste Heilmittel für seine Beschwerden sein.“ Und wie lautet fast in der Regel das Gutachten der Schiedsgerichtsarzte, die im Termin die Verlegten nochmals untersuchen? Nach ganz kurzer, oberflächlicher Untersuchung heißt es dann: „Ich schicke mich dem vorliegenden Gutachten nach und Würdigung an.“ Aus alledem geht hervor, daß die ärztliche Untersuchung für die Verlegten viel zu wünschen übrig läßt. Hoffentlich gelingt es noch bei Beratung der Reichsversicherungsordnung, die angeführten Mißstände zu beseitigen.

### Dividenden-Konjunktur.

Die wirtschaftliche Krise, die für verschiedene Gewerbe bereits im Jahre 1907 einsetzte, erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1908 und 1909. Am schärfsten mußte sie in ihren finanziellen Wirkungen für die industriellen Unternehmungen in den Abzügen für das Jahr 1908/09 in die Erscheinung treten. Das amtliche Material über die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften für das schlimmste Krisenjahr liegt nun vor. Es rechtfertigt nicht das Jammern und Klagen der Unternehmer. Gewiß, die Ausbeute ist gegenüber dem Ertragnis des vorausgegangenen Jahres zurückgeblieben, aber der Rückgang steht in gar keinem Verhältnis zu den Leiden und Entbehrungen, die aus der Krise für die Arbeiterschaft resultieren. Geißelte Arbeitslosigkeit ein großes Heer der Lohnsklaven, so verpürte die Gesamtheit die Strapazien der furchtbaren Lebensmittelerhöhung, der keine entsprechenden Lohnerhöhungen gegenüber fanden. Ja für die meisten Arbeiter brachte die wirtschaftliche Krise bei hinaufgehenden Lebensmittelpreisen auch noch direkte Lohnreduktionen. So bildete diese wie jede Krise für die auf ihrer Hände Arbeit und Erwerb angewiesene Masse des Volkes eine Zeit der Not und Sorgen. Der Fluß des Armeisens trifft das Proletariat am aller schlimmsten in den Perioden der Produktionsstagnation. Unsere humane Gesellschaft gründet Tierkühnerei, aber die Opfer ihrer verirrten Wirtschaftsordnung, die unfreiwillig Arbeitslosen vor den Qualen des Hungers und der Entbehrungen zu schützen, dazu erklärt diese Gesellschaft sich außerstande. Polizeijüdel, Browningspistolen und Zuchthausstrafen hat sie in Bereitschaft für die christlichen Arbeiter, die es wagen, durch Verweigerung der Arbeitskraft ihre Einkommensverhältnisse zu verbessern. Der Fluß des Kapitals muß gesichert bleiben; das ist dieser Gesellschaft heilige Religion und oberstes Gesetz! Und die Profitficherung hat man auch im Krisenjahr 1908/09 ganz gut verstanden. Während im Jahre vorher 3871 Gesellschaften mit Reingewinn 1 351 383 000 Mk. Profit erzielten, ging unter der Wucht der Krise im Berichtsjahre die Zahl der mit Reingewinn arbeitenden Gesellschaften auf 3690, die Summe des Gewinnes auf 1 223 049 000 Mk. zurück. Der Jahresgewinn nach Abzug der Verluste stellt sich im letzten Jahre auf 1 114 522 000 Mk. oder 7,03 Prozent des Unternehmungskapitals gegen 1 279 939 000 Mk. resp. 8,25 Prozent im Jahre vorher. Doch sehen wir zu, wie sich die Dividendenausföhrung gestaltete. Es betrug die

Zahl der Gesellschaften, die Dividenden verneinten	1907/08	1908/09
Zahl der Gesellschaften, die Dividenden verneinten	2425	3271
Summe des besetzten Aktienkapitals	11 118 948 000	10 917 823 000
Dividendensumme überhaupt	1 022 576 000	959 704 000
Zu Prozent	8,07	7,35

Damach stellt sich die Durchschnittsdividende für das gesamte Aktienkapital auf 7,35 Mk. Das ist der Entbehrungsmaßstab der Rentnerhäuser, deren Tätigkeit im Produktionsprozess gleich 0,00 ist. Als die kapitalistische Form der Ausbeutung noch nicht zu Ehren gekommen war, da galt ein Geldverleiher, der 7 und mehr Prozent Zinsen nahm, vielmehr als ein gemeingefährlicher Räuber; sein Handwerk wurde verachtet, wie der Räuber selbst. Heute jammern die Rentnerhäuser, wenn sie sich mit 7,35 Prozent Dividende begnügen müssen, und sie lamentieren über die furchtbare Entbehrung sozialer Leben und über die heimtückliche und ordnungsgelöbte Vergeßlichkeit der Arbeiter, die, um fast essen zu können, höhere Löhne verlangen und dadurch den Profit der Rentnerhäuser beeinträchtigen.

Unterfragen wir nun einmal, wie sich für die Gewerbe, in denen vorwiegend Betriebsmitglieder und Berufskollegen dieser Beschäftigte sind, die erzielte Dividende zum Gesamtergebnis verhält; es ergibt sich, daß diese Unternehmungen sehr gut abgekommen sind. Im allgemeinen liegt für sie die Dividende über dem Durchschnitt und viele unserer Betriebsmitglieder können sich darauf berufen, einem Betrage anzuschließen, der den Kapitalisten die höchsten Gewinne einbringt. Für diesen Betrag wird man sich gewiß gerne mit den anderen niedrigen Löhnen zufriedengeben. Wenn nicht, dann sollte man hoffen, daß die Organisationskräfte und Kampfkraft der Arbeiter, die sie den Unternehmern höhere Löhne, höhere Arbeitsbedingungen abringen kann. Daß in manchen der zu unteren Verhältnissen in Betracht kommenden Gewerben die Löhne sehr gut abgekommen werden können, das zeigt die folgende Zusammenfassung über das Ergebnis der Dividendenverteilung in Aktiengesellschaften:

Wirtschaftszweig	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in 1000 Mk.	Dividenden über, in %
Aktiengesellschaften überhaupt	3271	10 917 823	959 704 7,38
Ziegeleien, Steingewerke, Schmelzwerke, Zement- und Portlandzementfabriken	68	58 989	5 180 6,12
Papierfabriken	7	7 955	664 6,19
Papierindustrie	68	110 583	11 463 7,20
Kalt-, Mörtele-, Zement- und Gipswerke	74	149 810	13 798 7,80
Lichte-, Seifen- u. Delfabriken	11	38 220	3 986 8,19
Zuckerfabriken u. Raffinerien	52	78 172	9 172 8,76
Wasserwerkstoffe, Eisbreit.	24	66 734	6 368 8,94
Leber- und Gummiindustrie	42	96 189	10 954 9,26
Explosivstoffe und Rindwaren	23	55 988	6 880 11,17
Chemische Großindustrie	78	198 000	25 809 11,41
Farbmateriale	14	113 002	24 410 20,49

Wir haben also drei für unsern Verband besonders interessierende Gewerbe, in denen die erzielte Dividende den Durchschnitt für sämtliche deutsche Aktiengesellschaften nicht erreicht. Die Ziegeleindustrie leidet unter der schon mehrere Jahre anhaltenden minimalen Bautätigkeit und der enormen Ueberproduktion, geht doch die Leistungsfähigkeit der Werke um das vier- und mehrfache über den Absatz hinaus. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Zementindustrie. Für diese kommt hinzu, daß infolge der mittels der Kartelle in die Höhe getriebenen Inlandspreise die ausländische Konkurrenz herangezogen wurde, die einen starken Druck auf die Preise ausübte. Die Papierindustrie ist in erheblicher Weise von der Gesamtkonjunktur abhängig, der Verbrauch von Papier steigt und fällt fast automatisch mit dem Grade der gesamten Gütererzeugung. Hemmend wirkte für das Papiergewerbe sodann der neue Zolltarif, der eine Erschwerung der deutschen Ausfuhr im Gefolge hatte. Immerhin kann die Papierindustrie mit einer Dividende von 7,20 Proz. sich noch sehen lassen. Alle andern ausgeführten Gewerbe ragen über den Reichsdurchschnitt teilweise sogar sehr erheblich hinaus. Weitans an erster Stelle steht die Industrie der Farben. Die drei zuletzt aufgeführten Gewerbe, die die Gruppe „Chemische Industrie“ bilden, erzielten eine durchschnittliche Dividende von 14,03 Prozent. Ein solcher Satz wurde von keiner andern Waren produzierenden Unternehmungsgruppe erreicht. Als zweite Gruppe auf der Dividendenliste rangiert die Leber- und Gummiindustrie mit 9,26 Prozent, dann erst folgt, und zwar in ziemlich erheblichem Abfalle, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 8,32 Prozent. Aus diesen Angaben können unsere Kollegen ersehen, wie lukrativ, absolut und im Vergleich mit andern Gewerben, die Industrie, in der sie beschäftigt sind, für die Kapitalisten arbeitet! Und für das Jahr 1909/10 sind die Gewinnergebnisse durchweg wieder günstiger als für das vorausgegangene Jahr, dessen Ergebnisse wir oben dargestellt haben. Soweit die in der Zeit von Januar bis August dieses Jahres im „Zentralhandelsregister“ veröffentlichten Bilanzen Vergleiche erlauben, werden sie in dieser Aufstellung veranschaulicht:

Gewerbe	Dividendensumme		in Prozent	
	absolut in 1000 Mk.	in Prozent	1908/09	1909/10
Ziegeleien	639	655	2,4	2,5
Mörtele- und Kaltwerke	514	560	3,7	4,0
Papiergewerbe	4 492	5 262	5,9	6,4
Diverse Nahrungsmittel	11 585	12 666	6,6	7,2
Zuckerfabriken	4 612	5 031	7,4	7,9
Lebwerke, Schmelzwerke	3 672	4 177	7,4	9,7
Chemische Industrie	51 816	61 404	11,1	15,7

Die Besserung der Konjunktur für die Dividendenempfänger ist ganz erheblich und ganz allgemein. Den größten Sprung vorwärts machte wiederum die chemische Industrie. Aber auch die andern Gewerbe erfreuen die Papierarbeiter durch ansehnliche Dividendensteigerungen. Wie aber schaut es mit der Lage der wirklichen Arbeiter, der Werteschaffers aus? Wie steht es mit den Lohnerhöhungen? Diese Fragen können die Kollegen ja selbst beantworten. Sie sollen sich dabei aber auch sagen, daß eine Aenderung herbeigeführt werden muß und daß sich das nur durch eine starke, geschlossene Organisation ermöglichen läßt.

### Arbeitergroßen.

In dem zum Glück vergeblichen Mühen, die Arbeiterschaft von der gewerkschaftlichen Pflichtenverletzung abzuhalten, um sich ganz besonders ein Herr Westphal hervor. Er ist, wenigstens was seine Rangstellung betrifft, kein Mensch gewöhnlichen Schlages, sondern trägt den Titel eines Geheimen Regierungsrats, eines Professors, und was ganz besonders wichtig ist, eines Majors der Landwehr aus dem Böhmen. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer des Reichshandelsregister-Vorstandes der deutschen Landesregierungsverbände. Dieser Herr glaubt nun etwas ganz Besonderes zu vollbringen, wenn er Jahr für Jahr die Behauptung vertritt, daß die gewerkschaftlichen Arbeitergroßen nicht den organisierten Arbeitern, sondern den „Führern“ zugute kommen. Die „Führer“ sind, wie es mehrfach ausdrücklich in der „Reichshandelsregister-Korrespondenz“ hieß, die gemaltigen Summen, die die Arbeiterschaft für Organisationszwecke aufbringt, in die eigene Tasche. Diese Behauptung, über deren tatsächlichen Wert im Grunde eines Majors a. D. wir hier kein Wort weiter verlieren wollen, wird von Zeit zu Zeit durch Zusammenstellung von Zahlen bestätigt, und auch in der am 16. Oktober 1910 erschienenen Nummer 83 der amtlichen Zeitung des Deutschen Reiches, „Parole“, warnt Major Westphal mit einer Rechensart auf, in der nach stehendem Druck dargestellt wird, daß in den Gewerkschaften nicht weniger als 41,2 Prozent aller Ausgaben auf Verwaltungsausgaben entfallen. Diese Behauptung zu beweisen, ist für Herrn Westphal eine Kleinigkeit, Verwaltungsausgaben sind für ihn nicht nur die eigentlichen Ausgaben dieser Art, sondern auch die Ausgaben für Agitation, für Streik, Stellenvermittlung, Prozentschleusen und ferner die bei der Verjährung der Buchführung nicht gut anders zu kategorisierenden sonstigen Ausgaben, die 1909 allein in allen 57 der Generalversammlung angeschlossenen Gewerkschaften 2 345 467 Mk. oder 4,4 Prozent der Gesamtausgaben ausmachten. Das heißt, Major Westphal hat aber, indem er wörtlich folgendes schreibt:

„So wird zum Beispiel in einer der Tabellen ganz deutlich unter der Rubrik „den Zahlstellen verbleiben von den Führern“ die enorme Summe von 7 181 183 Mk. (1909) aufgeführt; es sind dies offenbar die Verwaltungen für das Einlassieren der Beiträge.“

Der gute Mann hat mithin, so wollen wir einmal zu seinem Gunsten gelten lassen, keine Ahnung davon, daß es in der Zentralorganisation unmöglich ist, die einzelnen Zahlstellen ohne Geld zu lassen. Weil aber die am nächsten liegende und dem Tagelöhner entsprechende Annahme, daß auch die den Zahlstellen verbleibenden Summen zum weitaus größten Teil als totale Unterstüchtungszuschläge

und zur Unterhaltung lokaler Einrichtungen verwendet werden, keine Wirkung hätte, so stellt der Major a. D. schlankweg die ungenügende Behauptung auf, daß volle 13,4 Prozent der Gesamtausgaben in die Taschen der Lokalführer wandern.

Wenn, mit dieser Feststellung über die Kampfkraft der Reichsvereinsführer abgetan, der es in seinen Angriff auf die Gewerkschaften wunderlicherweise unterläßt, am Beispiel der Reichsvereinsführer zu zeigen, wie denn wirklich „Arbeitergroßen“ verwendet werden müssen. Um das zu erfahren, sind wir genötigt, uns an einen wahrscheinlich vom Reichshandelsregister kürzlich veranlaßten Wahlgang zu halten. Wir richten uns nach dem am 6. Oktober 1910 in der „Deutschen Tageszeitung“ erfolgten Abdruck und finden da wörtlich das Folgende:

„Das Gesamtvermögen des Reichshandelsregisterbetriebs betrug Ende 1909 45,75 Millionen. Eine große Ausgabe sieht der Reichshandelsregisterbetriebs in seiner sozialen Tätigkeit. An Unterstüchtungen wurden darzum im Jahre 1909 5 100 398 Mk. ausgegahlt.“

Jeder Kassierer irgendeiner Organisation wird es seltsam finden, daß in einer solchen Aufstellung nicht die Gesamteinnahme, sondern das Gesamtvermögen des Bundes mit den Ausgaben an Unterstüchtungen in einer Reihenfolge genannt wird. Doch das ist Sache der Reichsvereinsführer. Wollten aber die Gewerkschaften nach derselben, praktisch wie gelangt wertlosen Methode verfahren, so würde der Reichshandelsregisterbetriebs fast nicht bestehen, und zwar selbst dann, wenn die von der Reichshandelsregisterbetriebs zusammengebrachten gewerkschaftlichen Zahlen ebenso einwandfrei wäre wie sie verwickelt ist. Die Gewerkschaften geben dann, da ihr Vermögen etwa 43 1/2 Millionen Mark beträgt, immer noch weit über die Hälfte für Unterstüchtungen und Wahlgangszuschläge aus, während die Reichsvereinsführer nach ihrer wunderlichen Aufstellung nur etwa ein Neuntel hierfür verwenden.

Wenn wir uns nun zum Ueberfluß noch weiter ein wenig mit den Angelegenheiten des Reichshandelsregisterbetriebs beschäftigen, so soll es nur geschehen, um die Inkonsistenz der tapferen Krieger im allgemeinen zu kennzeichnen. Bekanntlich sind die Mitglieder der freien Gewerkschaften aus den Reichsvereinsvereinen ausgeschlossen, die der christlichen und der kirchlich-dunkelartigen Organisationen hingegen zugelassen. Nun aber lehrt die Statistik für das Jahr 1909 einwandfrei das Folgende: Es zahlten für:

Rechtschutz und Unterstüchtungen insgesamt:	Organisationen	Mitgliederzahl	Merk pro Kopf	
			Mark	pro Kopf
Zentralverbände	57	1 892 667	21 114 446	11,52
F.-D. Gewerkschaften	22	1 08 028	438 172	4,06
Christliche Gewerkschaften	21	270 751	1 214 450	4,49
Streiks, Aussperrungen und Gemäßregelte:				
Zentralverbände	57	1 892 668	7 979 115	4,35
F.-D. Gewerkschaften	22	1 08 028	148 228	1,37
Christliche Gewerkschaften	21	270 751	489 023	1,80
Arbeitslosen- und Reiseunterstüchtung:				
Zentralverbände	56	1 823 663	9 719 757	5,33
F.-D. Gewerkschaften	15	101 572	357 311	3,52
Christliche Gewerkschaften	13	185 844	195 536	1,05

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie richtig es ist, wenn selbst ein entschiedener Feind der freien Gewerkschaften bekennen muß, es handle sich bei ihnen oder, wie er sich wörtlich ausdrückt, der „Sozialdemokratie“

„um die Wahrnehmung der Berufs- und Lebensinteressen eines einzigen Standes, des mit der Hand seinen Lebensunterhalt verdienenden Arbeiterstandes, und es sei begreiflich, daß eine große Opferwilligkeit zu erweisen sei, wenn es die Verbesserung der eigenen Lebenshaltung gelte.“

Für diejenigen, die wissen möchten, wie denn der Gegner heißt, der den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften diese ehrende Anerkennung zollt, sei bemerkt, daß der Autor der hier angeführten Worte ganz derselbe Major Westphal ist, der sich soeben wieder mit den vorhin gekennzeichneten Mitteln um die Verdächtigung der Gewerkschaften bemüht hat. Der hier hervorgehobene Ausdruck des Lobes findet sich abgedruckt in der am 24. Januar 1909 erschienenen Nr. 6 der „Parole“, und zwar in einem von Herrn Westphal mit Namen unterzeichneten Artikel, in dem er die, objektiv betrachtet, ja sehr begründete Interessenlosigkeit der Reichsvereinsführer tadelt und sie auffordert, sich an der Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein Beispiel zu nehmen.

Für die Öffentlichkeit ist somit der Reichsvereinsmajor durch seine eigenen Worte erledigt. Ob auch für die Reichsvereinsführer selbst, soll uns hier nicht kümmern.

### Sechster österreichischer Gewerkschaftskongress.

Vom 17. bis 22. Oktober hielten die österreichischen Gewerkschaften ihren 6. Gewerkschaftskongress ab. Der Kongress tagte im Favoritener Arbeiterheim in Wien. Fast eine halbe Million organisierte Arbeiter waren auf dem Kongress durch 439 Delegierte vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Kongress einstimmig eine scharfe Resolution gegen die Teuerung an.

Der Rechenschaftsbericht der Reichskommission betont, daß die immer noch andauernde Krise die Gewerkschaften zwar in ihrem Mitgliederstand getroffen, ihre Finanzverhältnisse jedoch nicht erschüttert habe.

Für Lohnkämpfe hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren 5 1/2 Millionen Kronen ausgegeben, doch nicht vergebens, denn für 146 000 Arbeiter wurden Lohnerhöhungen erzielt und für 65 000 Arbeiter Verfüzungen der Arbeitszeit. Der Klassenbericht der Reichskommission ergibt, daß sie 374 000 Kronen eingenommen und 313 000 Kr. ausgegeben hat. Für Schweden hat die Reichskommission 60 200 Kr. gesammelt, die Metallarbeiter allein außerdem 50 000 Kr. Ein Solidaritätsfonds, zur Abwehr größerer Angriffe des Unternehmertums, wurde vor 3 Jahren geschaffen, läßt aber noch manches zu wünschen übrig. Ueber die Höhe dieses Fonds werden aus taktischen Gründen Angaben nicht gemacht.

Am ersten Tage wurde eine Reihe interner Angelegenheiten erledigt, der zweite Tag legte mit dem wichtigsten Punkte des Kongresses, der Debatte über die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen, ein. Wie unsere Leser wissen, hat sich in Oesterreich vor kurzem ein Teil der tschechischen Arbeiterschaft von den zentralen Gewerkschaften getrennt und Sonderorganisationen gegründet. Begründet wurde diese bedauerliche Zerstückelung mit der Behauptung, die Interessen der tschechischen Arbeiter würden in den von Wien aus geleiteten allgemeinen Gewerkschaften nicht genügend gewahrt, aus würden die Gewerkschaften zur Germanisierung der Mitglieder benutzt. Daß und wie diese Ansicht entstehen konnte, ist nur aus den außerordentlich verwickelten Nationalitätenverhältnissen Oesterreichs zu erklären, daß sie falsch ist, bedarf kaum der Beweisführung. Drei volle Tage widmete der Kongress dieser Frage. Der Referent, Genosse Preher, hatte eine Resolution vorgelegt, die in sehr vorsichtiger, sehr diplomatischer Fassung den tschechischen Genossen eine Brücke bauen sollte. Es wurde darin nicht die Einheit der Gewerkschaften, sondern die einheitliche Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe als unbedingt notwendig betont. Diese Fassung wurde lebhaften Widerspruch in der Debatte. Sie wurde aufgestellt als ein faules Kompromiß, ja als eine Preisgabe der gewerkschaftlichen Einheit. Selbst der sonst so einflußreiche Genosse Viktor Adler konnte mit seiner eindringlichen Mahnung zum Zusammenkommen den Widerstand gegen diesen Passus nicht beschwören. Die schärfsten Gegner der Resolution waren die den Reichsgewerkschaften noch angehörenden tschechischen Delegierten. Nicht alle Tschechen sind den Separatisten beigetreten, ein erheblicher Teil, der allerdings immer kleiner wird, ist bei den Zentralorganisationen geblieben. Das ist erklärlich, denn diese haben den Bruderstreit in der ersten Reihe auszulämpfen. Und daß es dabei oft sehr heiß zugeht, beweisen die

zahlreichen Klagen der Delegierten. So erklärte z. B. der Delegierte Bauer: „Unsere Gewerkschaftsbedingungen werden von den eigentlichen Sozialdemokratischen Abgeordneten, an der Spitze eines aus dem gedungenen Deutscher, geprügelt. Auf diesen Posten unterhalten sich die Separatisten über die beste Art, wie man das Vermögen der Ortsgruppe der Arbeiter, der ich angehöre, beim Uebertritt zu den Separatisten nicht in die Hände des Zentralverbandes fallen lassen soll.“ Andre Delegierte brachten ähnliche Klagen vor. Aus diesen Gründen heraus ist es verständlich, daß die zur Durchberatung der vorgelegten Resolution eingeleitete Kommission eine wesentliche Verschärfung der Resolution bezug auf den Inhalt des „Paktens“ vorschlug. Der vorgelegte Satz fordert nicht nur Einheit der Kampfe, sondern als grundsätzliche Bedingung auch Einheit der Organisation. In dieser Fassung wurde die Resolution einstimmig angenommen. Sie soll als Grundlage ewiger Verhandlungen mit den christlichen Separatisten dienen. Es wurde jedoch festgelegt, daß solche Verhandlungen spätestens Anfang November beginnen müssen. Ob die Verhandlungen zustande kommen und wie der Erfolg sein wird, ist gar nicht voraussehbar. Der internationale Sekretär, Genosse Hugsmanus, der auf dem Kongress als Gast anwesend war, teilte mit, daß er in Prag gewesen sei und den Eindruck gewonnen habe, daß man auch bei den Tschechen den Frieden wünsche. Im Interesse der österreichischen Arbeiterbewegung ist dringend zu wünschen, daß die Verhandlungen die Einigung bringen.

Am 5. Verhandlungstag nahm der Kongress ein Referat des Rechtsanwalts Dr. Ingwer über den neuen Strafrechtsentwurf entgegen. Der Entwurf enthält Bestimmungen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter, namentlich der Eisenbahner, aufs schwerste gefährden. Der Kongress protestierte deshalb in einer Resolution gegen den Entwurf, und Genosse Adler erklärte, daß der Entwurf einen Krieg im Parlament zeitigen werde, die sozialdemokratische Fraktion würde einer Verschärfung des Koalitionsrechts mit allen Mitteln entgegen treten. Durch eine Resolution wird die Fraktion noch ausdrücklich hierzu aufgefordert.

Ueber die Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen referierte Reichstagsabgeordneter Beert. Nach längerer Debatte wurden folgende Beschlüsse des Referenten angenommen:

Es ist eine der wichtigsten Vorbedingungen des Erfolges bei Streiks und Lohnbewegungen, die nur nach gewissenhafter Prüfung der Konjunkturverhältnisse, der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unternehmungen und aller sonstigen Grundbedingungen und erst nach Erschöpfung aller organisatorischen Mittel in Angriff zu werden dürfen, in erhöhtem Maße als bisher für genügende ausreichende finanziell-trächtige Widerstandsfonds in jeder einzelnen gewerkschaftlichen Organisation durch obligatorische Leistungen zu sorgen. Von großer Wichtigkeit ist die einheitliche Führung der Streiks und Lohnbewegungen. Die an Streiks oder Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter haben die Leitungen ihrer Organisationen zu befragen, da die einheitliche Führung der Streiks und Lohnbewegungen eine der wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges ist. In Betrieben und Industrien mit mehreren Arbeiterorganisationen dürfen Streiks und Lohnkämpfe, entsprechend den vom 5. Gewerkschaftskongress gefassten Beschlüssen über die Betriebsorganisationen, nur im gegenseitigen Einvernehmen aller in Betracht kommenden Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, beraten und beschlossen werden.

Am letzten Verhandlungstag referierte Genosse Schramm über die Sozialpolitik im österreichischen Parlament. Eine von ihm vorgelegte Resolution, die die Forderungen der Arbeiter präzisiert, wurde einstimmig angenommen. Es folgte dann noch ein Referat über die Wohnungsfürsorge und ein weiteres über die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. Zu beiden Punkten wurden die vorgelegten Resolutionen einstimmig und ohne Debatte angenommen. Nachdem noch Genosse Legien als Vertreter der deutschen Gewerkschaften und Hugsmanus als Sekretär der Internationale die Hoffnung auf Einigung der österreichischen Arbeiter ausgesprochen hatten, wurde der Kongress geschlossen.

### Eine Schamade.

Mutter, ich zieh in den Krieg, der Siegesherold  
 lacht mich.  
 Sieh her des Vaters Krotensstod, auch deine Ofen-  
 gabel.  
 Und such des Nachbars Diebel mich, sag ihr, ich  
 sei ein Held. —

Mutter, hier der Stod, die Ofengabel, den Keller-  
 schlüssel her, dort hinten  
 kommt ein Feind mit einem Schießgewehr; das  
 könnt geladen sein!  
 Denn gar zu schlecht ist diese Welt. —

Ich geh jetzt in den Keller, doch ist der Feind vor-  
 bei, dann rufe mich.  
 Dann soll er mich kennen lernen. —  
 Ich werde ihn einen Schuft heißen und hinter  
 ihm her speien.  
 Ja ja, das werde ich! —

Als vor nunmehr anderthalb Jahrzehnten die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, geschah das zu dem ausdrücklichen Zweck, die freien Gewerkschaften niederzurängen, vor deren machtvoller Entwicklung nicht nur die Unternehmer, sondern auch die allzu getreue Masse des Kapitalismus, die Kirche, Angst hatte. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, also der eigentliche Zweck der Gewerkschaften, kam erst in zweiter und dritter Linie. Ja die Arbeiter der Bewegung hätten diesen Zweck am liebsten ganz ausgeklammert, aber sie waren klug genug, um einzusehen, daß sie mit einer offenen Unternehmerrückgruppe kein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften schaffen könnten. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften hat nun gezeigt, daß es auch unter falscher Führung nichts wird. Diese Erkenntnis scheint sich allgemach auch bei den Führern der christlichen Gewerkschaften durchzusetzen. Wenigstens ist die Nr. 43 der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, die obendrein als Agitationsnummer für die christlichen Gewerkschaften Verwendung finden soll, ganz auf den Ton des tapferen Helden gestimmt, dessen mutige Weirade die Zeiten überdauern, die diesen Ausführungen vorangeht. Der Umschwung muß allerdings neueren Datums sein, denn noch im Vorjahre tönten die Triumpfhörner über den „unaufhaltsamen Fortschritt des christlichen Gewerkschaftsgedankens“ aus allen christlichen Papiertrumpeten. Doch lassen wir jetzt die „Westdeutsche“ selber reden. In einem kurzen einleitenden Artikel heißt es: „Der gewerkschaftliche Segen des letzten Jahrzehnts hat wohl auch die christliche Gewerkschaftsbewegung betroffen, aber nicht in ausreichendem Maße. Die dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände haben in der Zeit circa 200 000 Mitglieder gewonnen, die sozialdemokratischen Gewerkschaften dagegen über eine Million. Ein schreckliches Rückverhältnis zwischen den beiderseitigen Organisationsrichtungen hat sich herausgebildet.“ Nach diesem Bestandskonto sollte man meinen, die Frage, welcher Gewerkschaftsrichtung die Zukunft gehört, sei gelöst, aber der Meinung ist die „Westdeutsche“ nicht. Alle Hoffnung hat sie noch nicht fahren lassen. Aber die Christen müssen nun bald wachen, denn die nächsten Jahre werden die Entscheidung bringen über die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung“ ruft sie mahnend. Wir meinen allerdings, die Entscheidung wäre schon gefallen.

Dann bringt die auf allgemeine Resignation gestimmte Agitationsnummer noch einen Artikel mit der Ueberschrift: „Wir müssen!“ Das soll heißen: Wir müssen stark werden! Diese Forderung wird nun nicht etwa begründet mit der wachsenden Macht der Unternehmer, sondern mit der wachsenden Macht der freien Gewerkschaften, woraus sich wiederum klar ergibt, wo die christlichen Gewerkschaften ihren Hauptfeind sehen. Doch geben wir der „Westdeutschen“ zur Begründung ihrer Forderung selber das Wort. Sie schreibt: „Die Organisationsgruppen haben sich zahlenmäßig so

unmöglich vermehrt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsgruppe ist der weitaus größte Teil und bildet die alleinige Basis an, die die christlichen Gewerkschaften zu verlassen.“ Nach einigen zusammenfassenden Worten für die übergebende Bedeutung der freien Gewerkschaften heißt es dann weiter:

„Genug! Genug steht die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung wie ein drohendes Ungewitter vor uns. Und die Zahl ihrer Anhänger und ihr Verhalten allerwegen hämmert es uns tausendfach in die Seele hinein: Wir christlichen Arbeiter haben alles zu verlieren, wenn es uns nicht gelingt, den Wiesen neben uns in Schach zu halten.“

Natürlich ist es ein ganz hoffnungsloses Unterfangen, den Wiesen in Schach zu halten.“ Davon werden aber die christlichen Arbeiter nicht berücken, sondern gewinnen. Berücken können nur die christlichen Gewerkschaften und den Verlust haben höchstens die Unternehmer, nicht aber die Arbeiter zu betonen. Doch der Kampf gegen den Wiesen hoffnungslos ist, scheint übrigens auch der „Westdeutschen“ zu dämmern, denn sie schreibt weiterhin resigniert:

„Die Dinge sind in einzelnen Gewerben bereits so weit gediehen, daß die christliche Arbeiterkraft Gefahr läuft, von der sozialdemokratischen Uebermacht buchstäblich erdrückt zu werden. Immer noch steigt das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen uns und den sozialdemokratischen Verbänden.“

Daß wir christliche Arbeiter buchstäblich erdrückt, ist natürlich ausgeschlossen. Das erlaubt weder unsere gute Erziehung, noch das deutsche Strafrecht. Wichtig ist der Satz hingegen, wenn er statt christliche Arbeiter, christliche Gewerkschaften heißt, woraus sich weiter von selbst ergibt, daß das „Erdrücken“ eben nicht buchstäblich, sondern nur bildlich gemeint sein kann.

Die „Westdeutsche“ verweist dann auf die Konzentration der Verbände bei den freien Gewerkschaften und sagt dazu: „Man kann sich denken, welche Kraftanstrengung solche Verkürzungen mit sich bringen.“ Wie eine „erste Mahnung und wie ein Peitschenhieb“ soll dann eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen von vier freien und vier christlichen Verbänden wirken. Da auch wir der Meinung sind, daß die Gegenüberstellung eine erste Mahnung enthält, eine Mahnung an die christlichen Arbeiter nämlich, sich nicht den Schwächen christlichen, sondern den starken, leistungsfähigen freien Gewerkschaften anzuschließen, geben wir sie hier wieder. Es hatten Ende 1909 Mitglieder der

frei-gewerkschaftliche	christliche	
Metallarbeiterverband	373 349	24 000
Bauarbeiterverband	295 610	35 465
Holzarbeiterverband	151 827	11 312
Textilarbeiterverband	101 301	30 451

Da die „Westdeutsche“ selber bemerkt, daß das Verhältnis in anderen Berufen „nicht schlechter wie besser“, d. h. für die Christen noch ungünstiger ist, so können wir uns eine Ergänzung dieser Gegenüberstellung sparen. Die Dynamik der Geistlichen wird dadurch deutlich genug dokumentiert. Es folgt dann eine halb weinerliche Klage über den „organisierten Terrorismus“ der freien Gewerkschaften. Namentlich die immer häufiger werdende Ausschaltung der Christlichen beim Abschluß von Tarifverträgen empfindet die „Westdeutsche“ bitter. Diese Entwicklungsgänge sind für die christliche Arbeiterkraft von größter Wichtigkeit. Ihre Nichtbeachtung wäre unser Tod“, ruft sie warnend aus. Und zum Schluß heißt es: „Die christlichen Gewerkschaften müssen so stark werden, daß sie nirgendwo vom Tarifabschluß ausgeschlossen werden können.“ Also Hanschen sagt wieder Mut. Noch einmal will er es wagen, noch einmal mit Vaters Krotensstod und Mutters Ofengabel in den Krieg ziehen. Sei es auch nur, um den Feind beschimpfen und bespeien zu können.

Ob aber die christlichen Arbeiter dem ohnmächtigen Hans folgen werden?

### Aus der Zuckerindustrie. Einen Taler für zehn Minuten.

In Nr. 42 des „Proletariats“ druckten wir ein Rundschreiben der Zucker-Berufsgenossenschaft an die Ärzte ab, in dem die Ärzte ersucht wurden, eine Art von Ratschbehandlung bei den Verletzten vorzunehmen, und zwar in Gegenwart eines Vertreters der Berufsgenossenschaft. Der Vorstand der Zucker-Berufsgenossenschaft hat in der „Zuckerindustrie“ versucht, das Rundschreiben zu rechtfertigen bezw. über Zweck und Grund desselben Aufklärung zu geben. Zur Begründung wurde angeführt, daß das angeforderte Verfahren bei einigen andern Berufsgenossenschaften bereits besteht und auch bei der Zucker-Berufsgenossenschaft bereits früher bestanden hat. Weiter heißt es dann:

„Maßgebend für diesen Beschluß waren verschiedene Gründe. Zunächst die Tatsache, daß bei der ärztlichen Untersuchung und Begutachtung vielfach nicht die Arbeits- und Lohnverhältnisse des Verletzten berücksichtigt werden, ein Mangel, dem durch die Anwesenheit eines Genossenschaftsbeamten, der zugleich die den Verletzten entstandenen Kosten auszahlt, vorgebeugt werden soll. — Sodann der Umstand, daß Ärzte in zahlreichen Fällen die Erstattung des schriftlich erbetenen Gutachtens um Wochen oder gar Monate verzögert und dadurch eine Verzögerung des Geschäftsganges sowie unnötige Rentenbelastung der Berufsgenossenschaft verursacht haben; ferner Erparnisrückichten auch hinsichtlich der Kosten, die durch die ärztlichen Gutachten sowie durch Hin- und Rücksendung der Akten entstehen, endlich die durch das neue Verfahren erzielte Vereinfachung im Geschäftsgang.“

Unter Berücksichtigung der Arbeits- und Lohnverhältnisse versteht die B.-G. natürlich Berücksichtigung im Interesse der Genossenschaften. Es könnte sonst vorkommen, daß ein Arzt einen Arbeiter für invalide erklärt, der noch irgendwo einige Pfennige, vielleicht unter Einsetzung seiner letzten Kraft, verdient. Auch die Verzögerung der Gutachten wird von der B.-G. nicht deshalb bekämpft, weil dadurch die Ansprüche der verletzten Arbeiter hinausgezogen werden, sondern, wie in der Rechtfertigung ausdrücklich zugegeben wird, weil das Rentenabwärtigen dann nicht schnell genug geht. Des weiteren wird der Satz von 3 Mk. für ein Gutachten als ausreichend erklärt, weil die Untersuchung in der Weise erfolge, daß „in einer Stunde 4 bis 6 Sachen erledigt werden können“. Also wirklich Ratschbehandlung! Nicht um Menschen, sondern um „Sachen“ handelt es sich. Und in 10 Minuten soll der Arzt entscheiden über Fälle, an deren Entscheid oft das Schicksal eines Menschen, ja einer ganzen Familie hängt. Auch die Begutachtung wird bequem gemacht. Der Arzt hat nämlich „sein Gutachten nur im Rahmen des vorgedruckten Formulars, dessen Kopf bereits im Bureau ausgefüllt wird, durch kurze Beantwortung bestimmter Fragen abzugeben, also in einer Form, die als „eingehend motiviertes“

oder „wissenschaftlich begründetes“ Gutachten offenbar nicht gelten kann. In den meisten der bisher erstatteten Gutachten sind die einzelnen Fragen nur mit einigen Worten im sogenannten Telegrammstil beantwortet, so daß es sich tatsächlich nicht um Gutachten im eigentlichen Sinne, sondern um Formularbescheinigungen handelt.“ Also nach vorgelegten Fragen, im „Telegrammstil“ werden die armen Krüppel, die ihre Gesundheit im Dienste des Kapitals geopfert haben, behandelt. Pro „Sache“ 10 Minuten! Und die Ärzte haben sich auch ohne Wutten bereit erklärt, die Ratschbehandlung der „Sachen“ zu übernehmen. Für 10 Minuten ist eine Entschädigung von 3 Mk. allerdings eine ganz respektable Honorierung. Und der Vorstand der Zucker-Berufsgenossenschaft schreibt denn auch, daß die bei den Untersuchungen beteiligten Ärzte „fast ausnahmslos ihre Mitwirkung ohne weiteres, zum Teil sogar „gern“ zugesagt“ haben. Für die Ärzte ließe sich die Zumutung allerdings noch unter einem andern Gesichtswinkel prüfen. Nämlich unter dem, ob es mit der von einem Arzt zu fordernden Gewissenhaftigkeit vereinbar ist, die Untersuchung eines armen Verletzten und die Ausfüllung eines Fragebogens über den Bestand der Untersuchung in 10 Minuten zu erledigen. Über den Gesichtswinkel scheint weder die Berufsgenossenschaft vorgehen zu haben, noch die Ärzte. Und es ist deshalb durchaus erklärlich, wenn der Vorstand der Berufsgenossenschaft am Schluß seines Schreibens vermerkt: „ausruft: „Gewissensfragen in einem solchen Angebot seitens der Berufsgenossenschaft eine Beleidigung des Ärztestandes liegen soll, ist uns unerträglich.“

Wie so auch eine Beleidigung — es gibt doch einen Taler für 10 Minuten!

### Streiks und Lohnbewegungen.

— Streiks und Differenzen bestehen in: Delfen (Osenfabriken), Schweinfurt (Kugelfabrik).  
 Zugang nach den angeführten Orten ist streng ferngehalten!

**Hamburg.** Arbeitszeitverkürzung in Hamburger Fabrikbetrieben. Die Arbeiter der Firma Heermann u. Co., Speisefabrik in Billwärder, waren infolge der Bedrohlichkeit gezwungen, 18 resp. 24 Stunden in einer Tour zu arbeiten. Die Arbeiter beschloffen, bei der Firma betreffs Abschaffung der 24stündigen Arbeitszeit vorstellig zu werden. Durch Verhandlungen, die seitens des Arbeiterausschusses geführt wurden, wurde mit der Firma vereinbart, daß für die Pressenarbeiten die Achtstundenschicht eingeführt und ein Schichtlohn von 4,50 Mk. gezahlt wird. Vom 1. April 1911 an 4,70 Mk. Bisher betrug die Arbeitszeit 12 Stunden und der Stundenlohn 42 Pf. In Frage kommen circa 35 Arbeiter. Für weitere 25 Arbeiter, die ebenfalls alle 14 Tage 18 resp. 24 Stunden in einer Tour arbeiten müssen, legte die Firma die Abschaffung dieser Arbeitszeit ab, weil zurzeit der Betrieb noch in der Entwicklung begriffen ist, erklärte sich aber bereit, zum Frühjahr 1911 auch hier eine Veränderung einzutreten zu lassen. Den 25 Arbeitern wurde ein Zuschlag von 25 Prozent zum Stundenlohn bei Leistung der 18 resp. 24stündigen Arbeitszeit gewährt.

Im Auftrage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Seifenfabrik von Julius Peters in Ottensen unterbreitete der Fabrikarbeiterverband der Firma eine Forderung auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Die Arbeitszeit für den Betrieb betrug bisher 9 1/2 Stunden. Seitens des Meisters war den Arbeitern und Arbeiterinnen mitgeteilt worden, daß vom 15. Oktober an von 7 bis 7 Uhr gearbeitet werden sollte. Die Firma erklärte sich bereit, die 9stündige Arbeitszeit von 7 bis 6 Uhr mit Unterbrechung von einer 15minütigen Ruhepause einzuführen. Der bisher gezahlte Lohn wird in die 9stündige Arbeitszeit umgerechnet.

In der Hartgummiabrik von Dr. Heinrich Traun u. Söhne, vormals Harburger Gummi-Kamm-So., tritt vom 1. November d. J. an eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 55 1/2 bezw. 54 Stunden auf 53 1/2 Stunden ein. Die Arbeitszeit war bisher Winter und Sommer verschieden. Vom 15. März bis Ende Oktober betrug sie 55 1/2 Stunden und vom 1. November bis 15. März 54 Stunden. Wiederholt waren seitens der Arbeiterdeputierten der Firma gegenüber den Vätern vertreten worden, die eine Verkürzung bezw. Regelung der Arbeitszeit herbeiführen wollten. Im September 1908 wurde auch eine diesbezügliche schriftliche Eingabe mit eingehender Begründung an die Firma übergeben.

Vor kurzem hat nun die Firma den Deputierten mitgeteilt und auch im Betrieb anhängen lassen, daß folgende Arbeitszeit vom 1. November an in Kraft tritt: Beginn der Arbeitszeit morgens 6 1/2 Uhr, Ende abends 6 Uhr. An den Sonnabenden ist um 12 Uhr mittags Arbeitszeit. Während der Arbeitszeit tritt eine Frühstückspause von 20 Minuten und eine Mittagspause von 1 1/2 Stunden ein. Der Lohn der im Stundenlohn Beschäftigten wird entsprechend der erfolgten Arbeitszeitverkürzung umgerechnet. Die Vorteile der Arbeitszeitverkürzung kommen insgesamt circa 1800 Arbeitern zugute. Die Arbeiterzahl verteilt sich auf 2 Betriebe, Hamburg und Harburg, fast je zur Hälfte. Gelingt es uns nun noch, in der Gummiindustrie Alfred Salomon u. Co. den Feststundentag, resp. die 60stündige Arbeitszeit zu durchbrechen, dann dürfte, abgesehen von einigen kleinen Betrieben, für die Gummiarbeiter Hamburgs die 10stündige Arbeitszeit nicht mehr in Frage kommen. Daß dieses Ziel bald erreicht wird, muß Aufgabe aller in der Hamburger Gummiindustrie Beschäftigten sein.

— **Österr. M.** In dem kleinen Tauusfabriken Epplein waren, wie bereits berichtet, zum erstenmal die Arbeiter, und was noch schlimmer, auch die Arbeiterinnen in den Streik getreten. Viele englische Gemüter glaubten an die andernsache Revolution; um so größer war aber ihr Entsetzen, als sie sahen, daß weder die Orts- polizeibehörde noch der Ort Italoquiere Gendarmerie etwas zu tun boten, was einige Ortsgrößen nötigte, ihre Bewunderung auszusprechen, da sie in dem Kreisblütchen immer und immer wieder auf die Ereignisse in Roabit hingewiesen wurden. Die Arbeiter überreichten der Firma ihre Forderungen mit dem Buntge, bis zu einem bestimmten Termin zu antworten. Als Antwort erschien eine Bekanntmachung, laut welcher jeder, der mit den Böhnen nicht einverstanden war, sofort aufhören konnte, was die Arbeiter aber nicht taten. Darauf wurde der Kollege Lamprecht bei der Firma vorstellig, der Direktor fertigte ihn so ab, daß er schneller herauskam als er hineingekommen war. Die Arbeiter reichten, nachdem alle Verhandlungen abgelehnt waren, geschlossen die Kündigung ein. Die letzten Tage vor Ablauf der Kündigung erklärte man sich bereit, mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln und bewilligte eine geringe Lohnaufbesserung. Die Arbeiter ließen sich dadurch nicht zurückhalten und traten geschlossen in den Streik. Alle Versuche seitens der Organisation, in Verhandlungen zu kommen, scheiterten an der Hartnäckigkeit der Direktion, und erst als man sah, daß von den Streikenden keiner abfiel, erklärte man sich dazu bereit. Diefelben wurden vom Bürgermeister der Stadt geführt. Als Rekrut dieser Verhandlungen, woran auch der Vertreter der Organisation teilnahm, wurde folgendes vereinbart: Diejenigen Arbeiter, die 30—45 Pf. verdienen, erhalten 2 Pf. Lohnzulage, jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten 1 Pf. mehr; weitere Wünsche bezüglich der Lohnzahlung sind dem Arbeiterausschuß zu übermitteln. Ferner erhält jeder Arbeiter, der 10 Jahre im Geschäft tätig ist, einen jährlichen Urlaub von drei Tagen unter Fortzahlung des Lohnes. Ueberstunden, Nachschicht und Sonntagsarbeit werden höher bezahlt. Maßregelungen finden nicht statt. Sind die Wünsche der Arbeiter auch nicht alle erfüllt, so müssen wir doch sagen, daß in Anbetracht der rücksichtlosen Lohn- und Arbeitsbedingungen in anderen Stand-

fabriken der Erfolg ein guter ist. Sache der Arbeiter und Arbeiterinnen wird es nun sein, das Ertrugene festzuhalten.

Mannheim. Die am 29. August eingeleitete Lohnbewegung beim Verein deutscher Delfabriken, Fabrikbetriebe Lindenhof und Industriehafen, wurde am 17. Oktober mit einem teilweisen Erfolg beendet. Bereits am 31. August erhielt die Organisation von dem Allgemeinen Arbeitgeber-Verband eine Zuschrift, worin mitgeteilt wurde, daß die Firma die Forderungen mit dem Arbeiterschuß besprechen werde. Am 12. September wurde dem A. A. B. mitgeteilt, daß die am 6. September zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterschuß gepflogenen Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien und eine Aussprache von Organisation zu Organisation erlieht. Am 15. September ging darauf ein Schreiben des A. A. B. ein, wonach in allen Punkten mit Ausnahme der Lohnfrage eine Verständigung erzielt worden sei. In dieser Hinsicht habe der A. A. B. der Firma einen neuen Vorschlag gemacht und man hoffe, daß dieser durch weitere Verhandlungen mit dem Arbeiterschuß zu einem endgültigen Resultat führen werde und deshalb Verhandlungen vorerst nicht in Aussicht zu nehmen seien. Bei den späteren Verhandlungen stellte sich dann heraus, daß, abgesehen von einigen belanglosen Zugeständnissen, in den meisten Punkten keine Verständigung erzielt war und daß der Arbeiterschuß wegen des ablehnenden Verhaltens der Firma die Verhandlungen abgebrochen hatte. Bezüglich der Lohnfrage hatte der A. A. B. der Firma den folgenden Vorschlag gemacht, daß die Arbeiter mit 3- bezw. 4-jähriger Dienstzeit 1 bis 2 Pf. Lohnzulage erhalten sollten. Damit gaben sich die Arbeiter nicht zufrieden, sondern sie beschloßen in Fabrikversammlungen, daß nun die Verhandlungen von Organisation zu Organisation stattfinden sollen, von welchem Beschluß der A. A. B. in Kenntnis gesetzt wurde. Mit dem Hinweis auf bestehende schlechtere Lohnbedingungen in andern Fabrikbetrieben suchte der A. A. B. zu kneifen. Daraufhin wurden von der Geschäftsleitung des Fabrikarbeiter-Verbandes die Lohnverhältnisse der Arbeiter des Hainburger Betriebes vom Verein deutscher Delfabriken und die Löhne der Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu einem Vergleich herangezogen und darauf hingewiesen, daß, wenn Verhandlungen von Organisation zu Organisation nicht stattfinden, die Arbeiterorganisationen dann wissen, wie sie in Zukunft den A. A. B. einzuschlagen haben.

Darauf erklärte sich der A. A. B. zu einer Aussprache am 7. Oktober bereit. Dieser Aussprache haben außer den beiden Geschäftsführern der Verbände der Fabrikarbeiter und der Heizer und Maschinenisten je ein Arbeiter der alten und neuen Delfabrik den Verhandlungen beigewohnt. In der Lohnfrage einigte man sich auf einen Vorschlag des A. A. B., dem aber durch ein weiteres Vorkommnis die Zustimmung verweigert wurde. Hierdurch sah sich der Vorstand des A. A. B., Herr Dr. Reiner, veranlaßt, selbst bei seinem Mitglied vorzutreten, wobei auch der Obmann vom Arbeiterschuß sein Teil wegbelegte. Wenn aber, wie angeblich geschehen, Dr. Reiner dabei erklärte, die Arbeiter sollten doch streiken, so möchten wir ihm erklären, daß er der letzte ist, welcher die Arbeiter provozieren kann, und wenn die Arbeiter das letzte Mittel in Anwendung bringen wollen, es seiner Herausforderung nicht bedarf. Auch werden sich die Arbeiter überlegen, ob sie in der Zukunft nochmals ihre Zustimmung dazu hergeben, daß die Verhandlungen unter Beiseiteziehung ihrer Organisation von dem Arbeiterschuß geführt werden sollen. Der Zweck, den der A. A. B. mit derartigen Praktiken verfolgt, ist den Arbeitern nicht unbekannt. Außer einer Reihe von sonstigen Verbesserungen, welche die am 17. Oktober zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterschuß auf eine unbestimmte Zeitdauer getroffene Vereinbarung enthält, ist auch eine Erhöhung des Lohnes eingetreten. Der Anfangslohn wurde von 37 Pf. auf 39 Pf. erhöht, während sich die Höchstlöhne von 43 auf 45 Pf. bezw. von 44 auf 46 Pf. erhöhten. Jugendliche Arbeiter von 17-21 Jahren erhalten 3,50 Mk. bis 3,90 Mk., je nach Leistung. Die Steigerung der Löhne ist mit einer 2-jährigen Beschäftigung vorzusehen, wobei die von den Arbeitern zurückgelagerte Dienstzeit in Anrechnung gebracht wird. In mehreren Verantwaltungen haben die Arbeiter dieser Vereinbarung zugestimmt.

### Verbandstagsbeschlüsse, die seit 1. Oktober in Kraft getreten.

§ 3. Zusatz Absatz 6. Vom Beitritt und Uebertritt sind solche Personen, die infolge ihres Verhaltens oder ihres körperlichen oder geistigen Zustandes einer Beschäftigung in einem gewerblichen Arbeitsverhältnis nicht nachkommen oder in ein solches nicht mehr eintreten können, ausgeschlossen.

§ 5. Der 2. Absatz: „Für Gemahlsregelungen besteht keine Karenzzeit“, ist zu streichen.

§ 6. Der Satz im Absatz 2: „Solche Personen, welche wiederholt in den Verband eintreten, haben etwa von ihnen geschuldete Beitragsreste vorher zu bezahlen. Vor Abzug der Beitragsreste darf keinem ehemaligen Mitgliede des Verbandes ein Mitgliedsbuch verabfolgt werden“, wird gestrichen.

### Erwerbslosenunterstützung.

§ 9. Zusatz Absatz 1. Mitglieder, die Gewerbesteuer, Händler oder als sonstige Erwerbstätige selbstständig sind, sowie solche Mitglieder, die nur Stunden des Tages oder nur einige Tage in der Woche beschäftigt sind, können nur im Falle der Krankheit Erwerbslosenunterstützung beziehen.

Die Art. 4 bis 9 fallen weg.

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung ist berechnigt, mer mindestens ein Jahr Mitglied des Verbandes ist und mindestens 52 Wochenbeiträge bezahlt hat. Die Unterstützung richtet sich im Höhe und Dauer nach der Dauer der Mitgliedschaft bezw. nach der Zahl der geleisteten Beiträge. Die für eine Klasse festgesetzte Höchstsumme kann in 55 aufeinander folgenden Wochen, vom ersten Unterstützungsbezug gerechnet, nur einmal bezogen werden.

Wochenbeiträge	Wochenlohn	Wart pro Tag 25 Pf.	Wart pro Tag 45 Pf.	Wart pro Tag 55 Pf.
52	24	0,50	1,00	1,50
120	42	0,55	1,10	1,60
208	48	0,60	1,20	1,70
260	52	0,65	1,30	1,80
312	56	0,70	1,40	1,90
364	60	0,75	1,50	2,00
416	64	0,80	1,60	2,10
468	68	0,85	1,70	2,20
520	72	0,90	1,80	2,30

§ 10. Beim Todesfall eines Mitgliedes kann den Hinterbliebenen: Ehegatten, Personen, die in häuslicher Gemeinschaft mit dem verstorbenen Mitgliede gelebt haben, unmündigen Kindern, Eltern und Geschwistern, letzteren jedoch nur dann, wenn sie zu dem Verstorbenen in einem Fürsorgeverhältnis gestanden haben, ein Sterbegeld gewährt werden, und zwar nach folgenden Sätzen:

Wochenbeiträge	25 Pf.	45 Pf.	55 Pf.
104	10	20	30
156	15	30	40
208	20	40	50
260	25	50	60
312	30	60	70
364	35	70	80
416	40	80	90
468	45	90	100
520	50	100	110

beiträge bezahlt sind. Beim Uebertritt aus einer höheren in eine niedrige Beitragsklasse treten die Unterstützungssätze der niedrigeren Beitragsklasse mit dem Tage des Uebertritts in Kraft.

Zum seitherigen Brauch sind zwei Änderungen besonders zu beachten: Die Wochenzahl, in welcher die Unterstützung in ihrer Gesamtheit bezogen werden konnte, hat sich von 52 auf 65 erhöht.

Die Steigerung der Unterstützungssätze vollzieht sich nicht mehr nach einem Zeitraum von 52, sondern 78 Wochen. Dadurch tritt eine Änderung der Unterstützungssätze ein. Ein Mitglied, das vor dem 1. Oktober 104 Wochen dem Verband angehört, empfängt 1,10 Mk. pro Tag. Erhielt er vor dem 1. Oktober die Höchstsumme nicht ausbezahlt, so beträgt seine Unterstützung nach dem 1. Oktober 1 Mk. pro Tag.

Eine Umrechnung der geleisteten Beiträge findet beim Uebertritt in eine andre Beitragsklasse nicht statt.

In bezug auf früher vollzogene Markenrechnungen wird die Anzahl der Marken nunmehr in Anrechnung gebracht. Sie ist, wie die Umrechnungssätze, aus dem Mitgliedsbuch ersichtlich.

Das zeitweise Aussetzen mit der Arbeit gilt als Arbeitslosigkeit und berechtigt zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung, wenn dieses Aussetzen mindestens zwei Arbeitstage in der Woche, im ganzen aber länger als 6 Arbeitstage dauert.

### Die praktische Anwendung aller neuen Beschlüsse in bezug auf Erwerbslosenunterstützung beginnt am 3. Oktober. Sterbegeld.

§ 10. Beim Todesfall eines Mitgliedes kann den Hinterbliebenen: Ehegatten, Personen, die in häuslicher Gemeinschaft mit dem verstorbenen Mitgliede gelebt haben, unmündigen Kindern, Eltern und Geschwistern, letzteren jedoch nur dann, wenn sie zu dem Verstorbenen in einem Fürsorgeverhältnis gestanden haben, ein Sterbegeld gewährt werden, und zwar nach folgenden Sätzen:

Wochenbeiträge	25 Pf.	45 Pf.	55 Pf.
104	10	20	30
156	15	30	40
208	20	40	50
260	25	50	60
312	30	60	70
364	35	70	80
416	40	80	90
468	45	90	100
520	50	100	110

Abzug 2. Zusatz: „Sind beide Ehegatten Mitglieder des Verbandes, so wird beim Todesfall des einen dem überlebenden Mitgliede die statutengemäße Unterstützung für beide ausbezahlt.“

### Umzugsgeld.

Verheirateten Mitgliedern, welche infolge Veränderung ihres Arbeitsverhältnisses ihre Wohnung wechseln, kann vom Vorstand eine Beihilfe zu den Umzugskosten gewährt werden, wenn das Mitglied 104 Wochenbeiträge geleistet hat und zwischen der bisherigen und der neuen Wohnung eine Entfernung von 20 Kilometern oder mehr liegt.

Das Umzugsgeld beträgt bei einem Beitrage von 45 oder 55 Pf. und einer Entfernung von

20-50 Kilometern	15 Mark
50-100	20
100-150	25
150-200	30
200-250	35
bei größerer Entfernung	40

Mitglieder, die 25 Pf. Beitrag zahlen, erhalten die Hälfte der oben angeführten Sätze. Sind beide Ehegatten Mitglieder des Verbandes, so wird bei einem Umzuge das statutengemäße Umzugsgeld für beide gezahlt.

### Maßregelungen.

Vor Absatz 9 soll es heißen: „Mitglieder, welche wegen ihres Eintretens für die Grundzüge des Verbandes und wegen ihrer agitatorischen Tätigkeit für den Verband entlassen wurden, erhalten Unterstützung, wenn sie dem Verbands mindestens drei Monate als Mitglied angehört.“

Bei kürzerer als 13wöchiger Dauer der Mitgliedschaft wird Maßregelungsunterstützung nur dann gewährt, wenn die Entlassung wegen Verbandszugehörigkeit erfolgte, oder wenn das Mitglied unter Beobachtung der erforderlichen Vorsicht und im Auftrage der Bevollmächtigten oder anderer Verbandsorgane für den Verband organisatorische oder agitatorische Tätigkeit entfaltet und deshalb entlassen wurde.“

### Beitrag.

Der Beitrag beträgt 45 Pf. pro Woche für männliche und 25 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder und für männliche unter 18 Jahren. Erwerbslose männliche Mitglieder können einen Beitrag von 55 Pf. pro Woche leisten gegen Gewährung höherer Unterstützungen.

Die Zahlung des höheren Beitrags hat in der 40. Beitragswoche begonnen.

### Zusatz Absatz 11.

„Hinter verdienen“ heißt es: „aber infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes an der Ausübung ihres Berufs oder einer andern Tätigkeit dauernd oder mit Unterbrechungen sehr oft verhindert sind, sowie solche Mitglieder, die infolge ihres Verhaltens mit geringerer Regelmäßigkeit erwerbslos sind, haben einen Wochenbeitrag von 10 Pf., weibliche 5 Pf. zu leisten und dafür nur Anspruch auf Befreiung des „Proletariers“, Umzugsgeld und Sterbegeld.“

### Zusatz Absatz 12.

Mitglieder, die, ohne ein Beitragsverhältnis nachzuweisen, mit ihren Beiträgen länger als 8, aber nicht länger als 13 Wochen im Rückstande sind, können die restierenden Beiträge nachzahlen, jedoch für die nächsten drei Monate keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse beziehen.

### § 13. Anteil der Zahlstellen an den Einnahmen.

Die Zahlstellen können zur Deckung lokaler Ausgaben von jeder Beitragsmarke a 55 Pf. 10 Pf., von jeder Beitragsmarke a 45 Pf. 8 Pf. und von jeder Beitragsmarke a 25 Pf. 4 Pf. zurückbehalten. Das Eintrittsgeld sowie die Einnahme aus Inhabiten- und Extrabeiträgen muß voll an die Hauptkasse eingeleistet werden.

Schuldige Gelder, nach Abzug der den Zahlstellen zustehenden Summen, sind spätestens acht Tage nach Abschluß der Quartalsabrechnung der Hauptkasse zu überweisen.

### § 16. Wahlrecht zu Absatz 8 des § 16: „Bei der Wahl der Delegierten entscheidet die einfache Mehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.“ Als Stellvertreter gilt, wer nach dem gewählten Delegierten die höchste Stimmzahl auf sich vereinigt.“

### Verbandsnachrichten.

Zur Beachtung! Bei Zustellung der Abrechnungsformulare erhalten die Zahlstellen die Beilagen nicht mehr zugestellt. Daraus ergibt sich, daß die auf diesen Beilagen nach gemachten Veränderungen nicht mehr erfolgen können, an was alle nicht mehr eingeleisteten Beiträge

### Vom 25. Oktober an gingen bei der Hauptkasse folgenden Beträge ein:

Berlin 2781,57.	Stettin 800,—.	Hättenrode 467,81.	Kranstadt 100,—.
Nordhausen 66,62.	Bad Reichenhall 25,—.	A. O. 90.	Hettstedt 56,82.
Schmieberg (Bez. Halle) 45,24.	Deutzen (Ober-Schlesien) 577,38.	Rönigsberg i. Pr. 500,—.	Waltershausen 400,—.
Wichersleben 350,—.	Melbors 283,40.	Stolz i. P. 239,06.	Bärstadt 137,23.
Reutlingen 85,36.	Frankfurt a. M. 76,34.	Schöpfheim 67,34.	Rönigswalde 58,94.
Hohenwestedt 49,88.	Mittenwalde 35,36.	Bäbthen 2,25.	Torgau 1,—.
Ladenburg 1,—.	Jahr i. B. 1,—.	Wismar 385,58.	Reiß 100,—.
Walingen 79,70.	Hildesheim 18,—.	Gröfzfeld 8,80.	A. 6,—.
Mannheim 1000,—.	Schorndorf 409,15.	Waldheim 400,—.	Frankenthal 23,67.
Schötmur 7,—.	Schwiebus 1,—.	Annaburg 1,—.	Berlin 7,50.
Gelle 352,23.	Plauenischer Grund 1000,—.	Leipzig 800,—.	Striegan 500,—.
Bonn 15,—.	Wernheim 12,58.	Höchst a. M. 4,—.	Vergedorf 800,—.
Landberg a. d. W. 400,—.	Vorbis 340,43.	Radeberg 300,—.	Wittenberg 200,—.
Mallenberg 200,—.	Mühlheim 153,—.	Glöfz i. M. 150,—.	Walsum 2,—.
Rönigsberg 1,—.	Möllenstedt 27,84.		

Schluf: Montag, 31. Oktober, mittags 12 Uhr. Fr. Brun s, Kassierer.

### Die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 haben eingeleistet:

Stuttgart, Hettstedt, Schmieberg b. Halle, Hochhor, Deutzen, Nordhausen, Beer i. D., Wschaffenburg, Hättenrode, Oberursel, Bad Reichenhall, Wismar, Mittenwalde, Schiefel, Wählingen, Scherndorf, Uetersen, Bärstadt i. P., Reutlingen, Habelschwerdt, Mustau, Rönigswalde, Melbors, Greifenberg i. P., Freising, Stolz i. P., Schöpfheim, Schorndorf, Hohenwestedt, Bonn a. M., Rieburg a. d. S., Gelle, Wernheim, Berlin, Schmieberg i. M., Breslau, Mühlheim, Möllenstedt, Vorbis, Göttingen, Frankenthal, Wildensjets, Preez.

### Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen. Rothenburg o. d. Tauber. 5 Pf. pro männliches Mitglied und Woche.

### Verloren und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

### Bücher:

- Nr. 119 187 für Friedrich Maas, eingetreten am 3. Februar 1906 in Vornburg.
- Nr. 326 324 für Paul Stauke, eingetreten am 12. Juli 1908 in Goldb.
- Nr. 301 480 für Jaunig, eingetreten am 18. April 1903 in Dresden.
- Nr. 239 802 für S. Schmarbel, eingetreten am 10. März 1907 in Elmshorn.
- Nr. 240 403 für Jakob Schmutz, eingetreten am 27. Februar 1907 in Göttingen.
- Nr. 19 004 für J. Christianen, eingetreten am 5. Novbr. 1898 in Hamburg-Altona.
- Nr. 214 991 für Emil Paul Michael, eingetreten am 19. Februar 1907 in Höchst a. M.
- Nr. 125 938 für Heinrich Bach, eingetreten am 16. Januar 1906 in Höchst a. M.
- Nr. 291 576 für Johann Dötsch, eingetreten am 1. Oktober 1907 in Leipzig.
- Nr. 144 027 für Karl Hohenstein, eingetreten am 8. März 1906 in Magdeburg.
- Nr. 349 724 für Martin Degünther, eingetreten am 28. Januar 1909 in Neustadt a. d. Haardt.
- Nr. 341 540 für Fritz Pöhl, übergetreten am 21. Dezember 1908 in Trebnitz.
- Nr. 355 575 für Stephan Dipecti, eingetreten am 10. Mai 1909 in Uetersen.

### Karten:

- Nr. 53 063 für Julius Vogt, eingetreten am 19. Dezember 1909 in Berlin.
- Nr. 114 621 für August Siegend, eingetreten am 10. August 1910 in Braunschweig.
- Nr. 94 379 für Emil Wolf, eingetreten am 15. Juni 1910 in Harburg.

### Ausgeschlossenen

find die bisherigen Mitglieder in Oberursel an die Zahlstelle Frankfurt a. M.

### Ausgeschlossenen

find auf Grund § 7 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Höchst a. M.

Eugen Schnor, Buchnummer 307 847 und Kaspar Fischer, Buchnummer 328 812, sowie die seitherigen Mitglieder der Zahlstelle Weiskensfeld Oswald Forberger, Buchnummer 275 438, eingetreten am 1. Dezember 1907 und Schellenberg, Buchnummer 275 443, eingetreten am 10. August 1908.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Mittenburg S.-M. Das Bureau befindet sich Zwickauerstraße 23, im Waldschloßchen, Telephon 593, Geschäftsführer Carl Bödler, Geschäftszeit von 9-1 und 3/4 bis 7/4 Uhr. Meldungen bei Arbeitslosigkeit und Krankheit von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auszahlung der Unterstützungen an Arbeitslose und Kranke Sonnabends von 10 bis 12 Uhr vormittags. Freiwerdende Arbeitsplätze sind im Bureau, am besten per Telephon, sofort zu melden.

Hettstedt. Johann Dack, Groß Derner b. Hettstedt (Südharz), Mansfelderstraße 35.

Vergedorf. Bureau: Mittelweg 1, Geschäftsführer Max Studt, Sprechstunden 5-7 Uhr abends, Sonnabends 2-5 Uhr. Sonntags geschlossen.

Oberschlema. Willi Kuerswald, Oberschlema 33E.

Derlinghausen. Georg Heisenberg, Hauptstraße 44.

Striegan. 1. Bevollmächtigter Wilhelm Gebel, Auenstraße 11. Geschäftsführer Hermann Bunte, Bahnhofstraße 11.

Wetzlar. Ernst Elger, Hambroerstraße 42.

Waltershausen. 1. Bevollmächtigter in Vertretung: Helmuth Ehrlich, Eisenacher Landstraße. Geschäftsführer A. Greif, Bahnhofstraße 15.

### Zahlstelle Breslau.

### Agitationsleiter gesucht.

Durch die Zahl des bisherigen 1. Bevollmächtigten zum Parteisekretär ist die Stellung eines Agitationsleiters (1. Bevollmächtigten) baldmöglichst zu besetzen. Bewerber muß schriftl. und abgem. und mindestens 3 Jahre Mitglied unres. Verbandes sein. Das Anfangsgehalt ist 1800.-, jährlich steigend um 100.- bis zum Höchstbetrag von 2400.-. Der Bewerbung ist eine schriftliche Arbeit über die Tätigkeit eines Agitationsleiters und ein Lebenslauf beizufügen.

Selbstgeschriebene Offerten sind bis zum 15. November an Ernst Schönb, Breslau, Wärfischstr. 96/98, Haus 6, 1. St., zu richten. (7 A) Die Anstellungs-Kommission.

### Zahlstelle Stuttgart-Krausstatt und Umgebung

### Agitationsleiter.

Bewerber haben eine Schilderung ihres Lebenslaufes, sowie ihrer seitherigen Tätigkeit einzureichen. Dieselben müssen 3 Jahre Mitglied unres. Organisation sein, rednerisch gut begabt sein und über Kenntnis der wichtigsten sozialpolitischen Gesetze verfügen. Außerdem ist eine schriftliche Arbeit über folgende Fragen einzulegen: 1. Wie ist die Agitation unter unsern Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben? 2. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks und Ausschreitungen zu verhalten? 3. Welche Mittel sind zur Aufrechterhaltung der Agitation zu richten? 4. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 5. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 6. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 7. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 8. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 9. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 10. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 11. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 12. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 13. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 14. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 15. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 16. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 17. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 18. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 19. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 20. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 21. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 22. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 23. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 24. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 25. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 26. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 27. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 28. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 29. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 30. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 31. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 32. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 33. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 34. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 35. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 36. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 37. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 38. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 39. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 40. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 41. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 42. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 43. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 44. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 45. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 46. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 47. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 48. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 49. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 50. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 51. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 52. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 53. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 54. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 55. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 56. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 57. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 58. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 59. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 60. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 61. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 62. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 63. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 64. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 65. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 66. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 67. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 68. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 69. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 70. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 71. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 72. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 73. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 74. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 75. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 76. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 77. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 78. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 79. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 80. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 81. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 82. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 83. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 84. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 85. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 86. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 87. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 88. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 89. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 90. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 91. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 92. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 93. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 94. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 95. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 96. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 97. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 98. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 99. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 100. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 101. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 102. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 103. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 104. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 105. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 106. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 107. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 108. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 109. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 110. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 111. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 112. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 113. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 114. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 115. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 116. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 117. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei der Agitation zu richten? 118. Wie hat sich ein Agitationsleiter bei Streiks, Ausschreitungen und bei

## Aus der chemischen Industrie.

### Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie im Jahre 1909.

II.

Wir haben im vorigen Artikel die Durchschnittslöhne und deren steigende Tendenz für die Zwangsversicherten besprochen und wenden uns den Unfällen zu. Das Jahr 1907 schlug mit 13 038 angemeldeten Unfällen den Rekord, worauf zum erstenmal seit Bestehen der Berufsgenossenschaft eine rückgängige Bewegung eintrat. 1908 wurden 928 Unfälle weniger gemeldet, 1909 wieder 279 mehr. Die sinkende Konjunktur 1908 brachte einen Rückgang, während die aufsteigende Konjunktur 1909 eine Steigerung der Unfälle brachte; jedenfalls ist diese eine Folge überhasteter Arbeit, wie wir schon oft behauptet haben. Der Bericht der Berufsgenossenschaft von 1909 steht übrigens mit dem vorausgegangen in Widerspruch; er gibt die Zahl der angemeldeten Unfälle von 1908 mit 12 412 an, anstatt mit 12 115, wie der Bericht für das Jahr 1908. Von den gemeldeten Fällen hatten 1336 eine Erwerbsunfähigkeit von weniger als 3 Tagen zur Folge. 399 Anmeldungen wurden nicht als Unfälle anerkannt. Von den übrigen 10 659 Unfällen erlitten 8807 durch vollständige Heilung in den ersten 13 Wochen. 1852 Unfälle mußten entschädigt werden, so daß sich eine Entschädigungsziffer von 8,43 auf 1000 versicherte Personen ergibt gegen 9,2 im Jahre 1908. 124 Unfälle verliefen tödlich. Die aufgeführten Zahlen belehren uns; daß die Krankenkassen der Berufsgenossenschaft die Hauptlasten für Verunglückte abnehmen müssen. Für die ersten 13 Wochen braucht die Berufsgenossenschaft keinen Pfennig für den Verletzten aufzubringen; der große Teil, in diesem Falle von 10 659 Unfällen 8807, wurden mit Geldern geheilt, von denen die Arbeiter  $\frac{1}{2}$ , die Unternehmer  $\frac{1}{2}$  aufzubringen haben. Von den Unfällen, welche den Krankenkassen zur Last fielen, dauerten bis 3 Tage 1336 oder 10,78 Prozent; 1 Woche bis 4 Wochen 4539 oder 36,62 Prozent; 4 bis 13 Wochen 2180 oder 17,59 Prozent.

Nach Sektionen betrachtet, ergeben sich folgende Zahlen über die angemeldeten und entschädigungspflichtigen Unfälle:

Sektion	Auf 1000 Versicherte kamen Unfälle	davon waren entschädigungspflichtig
I. Berlin	60,53	8,40
II. Breslau	53,02	9,92
III. Hamburg	44,72	5,71
IV. Köln	49,87	8,06
V. Leipzig	62,54	9,53
VI. Mannheim	51,94	12,11
VII. Frankfurt a. M.	77,60	6,94
VIII. Nürnberg	53,52	7,56

Die Durchschnittszahl für gemeldete Unfälle war auf 1000 Versicherte 56,44 gegen 55,91 im Jahre 1908. Die schwersten Unfälle weist die Sektion Mannheim auf. Die Durchschnittsziffer für entschädigungspflichtige Unfälle wird hier um 33 Prozent überschritten. 1908 betrug die Überschreitung der Durchschnittsziffer in dieser Sektion nur 20 Prozent. Das Unternehmertum scheint sich dort verdammt wenig um die Verhütungsmassnahmen zu kümmern!

Nach Alter und Geschlecht verteilen sich die Unfälle wie folgt: Erwachsene männliche Personen 91,53 Prozent, weibliche Personen 5,53 Prozent; jugendlich männliche Personen 2,25 Prozent, weibliche 0,69 Prozent. Gegen das Jahr 1808 ist bei dem weiblichen Personal in beiden Fällen ein geringes Anwachsen

der Unfälle zu verzeichnen, während bei den männlichen eine Abnahme eingetreten ist. Die Verletzungen verteilen sich auf die Körperteile folgendermaßen: Kopf 1511 oder 12,19 Prozent, Arm oder Hand 4853 oder 39,16 Prozent, Bein oder Fuß 3502 oder 28,26 Prozent, mehrere oder andre Verletzungen des Körpers 1942 oder 15,67 Prozent, erstickt 5, ertrunken 4 oder 0,07 Prozent, innere Verletzungen 577 Fälle oder 4,65 Prozent.

Ein interessantes Bild liefert eine Tabelle der zum ersten Male im Jahre 1909 entschädigungspflichtig gewordenen Unfälle, nach den Gruppen der Reichsgewerbestatistik betrachtet. Ziehen wir die wichtigsten Gruppen der chemischen Industrie heraus und legen ihr die abgerundeten Zahlen der beschäftigten Arbeiter der einzelnen Zweige nach der Betriebsstatistik von 1907 zugrunde, so ergeben sich folgende Resultate über die prozentuale Verteilung der entschädigten, also schwereren Unfälle:

Gruppen der Reichsgewerbestatistik	Zahl der beschäftigten Arbeiter abgerundet	Zahl der entschädigten Unfälle		Zahl der getöteten Personen
		überhaupt	in Prozent auf 1000 Mitglieder	
Chemische Groß-Industrie	40 000	357	9,00	34
Präparate-Industrie	18 500	230	12,50	8
Anilin- und Anilinfarben	8 000	223	28,00	10
Sonstige Kohlen- oder Glycerin-Industrie	5 700	55	9,00	9
Explosivstoffe	24 000	77	3,00	20
Büchsen- oder Munition-Industrie	7 000	49	7,00	2
Künstliche Düngestoffe	8 500	135	16,00	7
Salzfabrikation, Seifenfabrikation	9 900	99	10,00	2
Gummi- und Guttaperchafabrikation	25 000	206	8,00	5

Die Gruppe „Anilinfarben“ überragt an Gefährlichkeit alle übrigen Gruppen ganz bedeutend, ein Umstand, der uns veranlassen muß, noch mehr als bisher das Augenmerk auf diese Gruppe zu richten; besonders deshalb, weil gerade hier die größten „Wohlfahrtsbetriebe“ vorhanden sind.

An Entschädigungen wurden 3 152 226 Mk. gezahlt gegen 3 056 039 Mk. im Jahre 1908. Von dieser Summe erhielten die Verletzten 2 243 046 Mk. als Rente und 49 634 Mk. als Abfindung. In Hinterbliebenenrenten und Sterbegeldern wurden 625 022 Mk., an Renten für die Angehörigen von in einer Heilanstalt untergebrachten Verletzten 32 710 Mk., an Kosten für Heilverfahren 199 810 Mark ausgegeben.

Die Zahl der Rentenempfänger betrug am Schlusse des Jahres 1908 13 492. Neu hinzu kamen 2117, während durch die Rentenrückläufe 2138 ausgeschieden wurden, so daß die Zahl der Rentenempfänger auf 13 471 sank. Die Hälfte derselben wird seit 1904 entschädigt, während der Rest sich auf die Jahre von 1885 bis 1903 verteilt.

Der Kampf um Gewährnung der Rente oder gegen Kürzung derselben hat eine weitere Verschärfung erfahren. Die Zahl der Berufungen stieg von 1273 auf 1361. Besonders gehäuft haben sich die Rekurse. Seitens der Berufungskläger stiegen sie von 352 auf 513 oder um 45,7 Prozent, seitens der Berufsgenossenschaft von 67 auf 101 oder um 50,8 Prozent. Von den eingelegten Berufungen wurden 267 anerkannt, 52 anderweitig erledigt und 136 sind noch unerledigt, während 906 Ansprüche ab-

gelehrt wurden. Von den eingelegten Rekursen seitens der Berufungskläger hatten nur 6,22 Prozent Erfolg, während die Rentenquellerei der Berufsgenossenschaft so gut arbeitete, daß sie 24,9 Prozent Erfolge erzielte. Das Bestreben der Unternehmer geht in den letzten Jahren dahin, noch mehr als bisher die bedauernswerten Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit ins Glend zu stoßen. Manche Entschädigungen sind vernünftig denkenden Menschen rein unbegreiflich. Der Kapitalismus kennt kein Erbarmen. Zum Ausbeuten sind ihm die Arbeiter gut genug, soll aber gesorgt werden für die Schwabungen, welche sie im Dienste der menschlichen Gesellschaft erlitten haben, dann geht das Indigniergeheul über die gewaltigen sozialen Lasten in allen Tonarten los.

Wie hoch ist nun prozentual gerechnet der durchschnittliche Beitrag, den der Unternehmer pro Kopf der Volkarbeiter aufzubringen hat? Die Gesamtausgaben für Unfallversicherung, welche die Unternehmer im letzten Jahre aufzubringen hatten, stellten sich bei 219 601 versicherten Personen auf 4 766 501 Mk., pro Kopf also auf 21,71 Mk. oder 1,9 Prozent der gezahlten Jahreslöhne. Ungerechnet auf den Lohn pro Stunde 0,7 Pfennig. Das ist also die hohe sozialpolitische Belastung! Und das bei einer durchschnittlichen Dividende von fast 16 Prozent, die die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie im Jahre 1909 erzielt haben. Den Lesern steht es an, über soziale Lasten zu greifen!

### × Zusammenfassung der Karbidfabrikanten.

Die nationalen chemischen Unternehmer haben zu den vielen schon bestehenden eine neue internationale Organisation geschaffen. Die Karbidfabrikanten von sieben europäischen Ländern — zusammen 58 Fabriken — haben ein Abkommen getroffen, in dem sowohl die Produktion wie auch der Absatz der Karbide geregelt wird. Die erste Sorge nach Gründung des Abkommens war eine Erhöhung der Preise. Ueber den Umfang der Preissteigerung und den Termin, an dem sie in Kraft treten soll, schweben die Unterhandlungen noch. Das Abkommen hat natürlich zur Folge, daß den deutschen Abnehmern das Material erheblich verteuert wird. — Was für vaterlandslose Geister sind doch die — Arbeiter.

### × Ein „Schlagfertiger“ Meister.

In der Anilinfabrik Greppiner Werke ist der Meister Heine mann wegen seiner brutalen Handlungsweise gegen die Arbeiter bekannt. Aber daß sich dieser Herr sogar zu Gewalttätigkeiten hinreißt, zeigt folgender Fall: Am 10. Oktober kam der Arbeiter Kowalky nachmittags etwas verspätet zur Arbeit und wurde vom Meister Heinemann, welcher gerade aus der Kantine kam, mit groben Beleidigungen empfangen. Er forderte Kowalky auf, mit zum Betriebsleiter zu gehen. Auf den Wege dorthin schimpfte Heinemann fortgesetzt auf Kowalky, worauf der Beschimpfte die Klageurung fallen ließ: „Nagen Sie sich nur nicht auf, einmal haben Sie schon im Blatt gestanden!“ Darüber kam Heinemann so in Harnisch, daß er Kowalky gegen die Laboratoriumsür schleuberte, so daß dieser eine klaffende Wunde am Kopfe davontrug, welche vom Arzt zugenäht werden mußte. Anlaß daß nun der Meister zur Rechenschaft gezogen worden wäre, wurde Kowalky sofort entlassen.

Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Vorarbeiter haben unter der Schikane dieses Meisters zu leiden. Etwas besser dagegen hat es seine Bedienungsmannschaft, welche zu Privatweiden verwendet wird, z. B. Eisenhaken, Wadringeln, Stiefelgassen usw. Wenn der Meister auch über große Körperkraft verfügt, so kann er ja doch einmal an den Urrechten kommen, aber damit ist den Arbeitern sowie auch Vorarbeitern nicht geholfen. Abhilfe kann nur geschaffen werden durch seinen Zusammenschluß in der Organisation. Organisierte Arbeiter, sorgt dafür, daß die fernstehenden sich unsern Verbände noch anschließen, nicht nur die schlechte Behandlung und sonstige Mißstände sollen beseitigt werden, auch bessere Bezahlung unserer Arbeitstraj wollen wir durch die Organisation erreichen!

× **Wagen.** In der hiesigen Oelfabrik von C. Zimmermann herrschen Zustände, die einer Besserung dringend bedürfen. Schimpfworte wie „Sie Heil“, „hundertmeines Pfd.“ usw. sind nicht eben selten. Auch wird noch oft 12 Stunden pro Tag gearbeitet; der Meister befiehlt einfach, „es wird länger gearbeitet“, und wer sich nicht fügt, wird entlassen. Auch regnet es bei den geringsten Anlässen Strafen von 50 Pf. bis 1 Mk.; wo die zu erhabenen Gelder

## Die Schätze der Kohle.

Von Hans Dominik im ersten Juliheft des „März“ (München, A. Langen).

„Und wieder her aus Teer und Schmeer  
In neuem Glanz  
In heller Nacht, in Flammenpracht  
Die Farben blüh'n,  
Die einst im heiß durchseuchten,  
Im milden Urwald leuchteten:  
Blau, rot und grün.“  
Heinrich Seidel.

Blumen, die vor unendlichen Jahren im Steinkohlenwald leuchteten und dufteten, erweckt die Chemie unserer Tage zu neuem Leben. Was vor Millionen Jahren niederbrach, verschüttet und erdrückt in der Tiefe lag, das kommt wieder zutage, und praktisch demonstriert unsre Technik daran das Gesetz von der Erhaltung des Stoffes und der Kraft.

Jehtmal grünte und blühte in jener uralten Primärzeit, da an Wirbeltiere noch nicht zu denken war, ein üppiger Farneuwald im roten Licht der Urweltsonne empor. Jehtmal kam eine Katastrophe über ihn, schleuderte ihn zu Boden und bedeckte ihn hergehoh mit Quarzsand und Mergel. Und dann ging die Welt weiter durch Glas und Erds, durch Kalt und durch Wärme. Die Tertärzeit brachte den Menschen, und im Quartär wurde aus dem schächternen, fünfzigjährigen Wirbeltier der Herr der Erde.

Der sand- das alte Tertär vorfindlicher Waldungen und Katastrophen in der westfälischen Ebene wieder. Seine Maschinen trieben Fördererhöhte bis zu Tausen von achthundert Metern hinauf, und wo die zehn Wälder gestanden hatten, da fand er die zehn Flöze des westfälischen Steinkohlenbeckens. Aber durch Millionen von Jahren hindurch hatten die Gewalten der Tiefe den alten Wald in der Faust gehabt, hatten weiches Laub und marlige saftige Stämme zum Klünder Kohle zusammengedrückt. Was die Fördererhöhte da mit Schnellzugsgeschwindigkeit aus der Tiefe schwingt, erinnert nicht mehr an seinen Ursprung.

Die Kohle wandert in die Retorte einer Gasanstalt. Nicht gelöst liegt sie da in dem weiten eisernen Rohr, und von außen umspülen die Flammen ihr Gefängnis. Bald erstreckt alles in roter Glut, und nun zeigt sich, daß doch so mancherlei von dem Saft und Mark des alten Waldes die endlose Gefangenhaft überdauert hat. Ein dichter grauer Schwaden zieht aus den glühenden Kohlen ab. Kohlenstoff und Wasserstoff sind es, die hier emporwallen, in der Glut einen Hegenwirbelzug aufsteigen, sich lagern und wieder umlagern und sich endlich zu sechs oder zwölf zu den aromatischen Kohlenwasserstoffgruppen zusammenschließen.

Der graue Qualm, den wir hier durch ein Glasrohr aus der Retorte abziehen sehen, ist himmelweit verschieden von dem, was wir als Leuchtgas kennen. Und doch ist es Gas, aber nach beladen mit den wertvollsten Schätzen des alten Steinkohlenwaldes, mit jenen Schätzen, die unsre Chemie zu heben gelernt hat. Der Qualm fließt durch labyrinthartige Gänge und Wände. Er strömt durch Gorden und Waischötte. Und endlich sehen wir klares und durchsichtiges Gas, setzen wir wirklich brennbare Luft zu den Druckpumpen und Gasometern ziehen.

Im Labyrinth aber wird ein Grundhahn geöffnet, und in das untergefahrte eiserne Faß strömt schwarzglänzend das Steinkohlenteer. Die Gasanstalt hat die erste reinliche Scheidung gebracht. In der Retorte liegt jetzt klingernder Koks, reiner Kohlenstoff, das beste Brennmaterial. Im Gasometer steht das gereinigte Leuchtgas, unentbehrlich für tausend Zwecke moderner Technik. In der schmutzigen Teerpötte aber haben wir den Ausgangspunkt für eine lange Reihe chemischer Wunder. In dieser extrem schmutzigen und infam stinkenden Masse stecken die herrlichsten Farben, die wunderbarsten Anilinstoffe und die wertvollsten Arzneimittel. Das heißt, sie stecken darin, wie wohl ein schönes Gebäude in einem Haufen von Mauersteinen steht. Der richtige Baumeister muß kommen, der sie nach wohlbedachtem Plane schichtet und ragende Pfeiler oder süße Bögen daraus formt.

Von der Gasanstalt in die Teerdestillation! In eiserner Wale schäumt der Teer über mächtigen Feuer. Durch den Helix steigen Dämpfe empor und laufen durch eine Kältschlange, in der sie sich wieder verdichten. Destillat! es tropfelt herab!

Ein schneißlicher Stoff zuerst, ein Wasser, das über alle Grenzen menschlichen Vorstellungsvermögens hinaus steht, das sogenannte Ammoniakwasser. Und doch für die Landwirtschaft schon ein wertvolles Düngemittel. Aber jetzt wird der Hahn auf einen andern Tank umgeschlagen und schon fließt ein hellgelbes, juckendes und sich immer mehr Licht aus dem Apparat, ein Steinkohlensolvent oder Benzol, eine saubere aromatisch duftende Flüssigkeit und das Anfangsprodukt aller Teerfarben und der meisten Nichtigstoffe. Wieder wird der Hahn gewendet und jetzt gehen die schwereren Öle über, Phenol und Kresol, die Eltern der Karbolsäure, des Kresols und zahlreicher Desinfektions- und Arzneimittel. Der Reize nach folgen Naphthalin, jener bekannte weiße Stoff, den wir gegen die Motten benutzen, und Anthrazen. Nun wird die Destillation abgebrochen. Was noch in der Wale liegt, ist Harzschmelz, das für die Dachpappenfabrikation, für die Herstellung von Röhren und Formmaschinen und die Hundert andern Gelegenheiten Verwendung findet.

Wir wollen dem Beispiel folgen, dem Benzol, aus dem der Chemiker durch Anfügen einer Amidogruppe das Anilin gewinnt. Anilinfarben! werden die Leser rufen und beinahe anmaßlich wird das ihnen die Gedankenverbindung einfallen: weicht und giftig. Das

war einmal. Als vor nunmehr zwei Menschenaltern der Engländer W. H. Perkin im Laboratorium Hofmanns das Mauvein darstellte, als Hofmann selbst das Fuchsin, Manganin, das Anilinfarben und das Violet Hofmann gewann, da fanden wir erst am Beginn einer Entwicklungskurve, die seitdem eine erstaunliche Fülle von Erfindungen und Fortschritten brachte. Damals arbeitete man namentlich bei der Herstellung des Fuchsin mit arseniger Säure und verstand es noch nicht, eine absolute Reinigung der Fertigprodukte durchzuführen. Es blieb Kien im Fuchsin, und daher war es giftig. Und viele jener ersten Farbstoffe waren in der Tat wenig lichtbeständig, so sehr, daß man diese Stoffe heute direkt zu den Zwecken der farbigen Photographie heranzieht, wo sie schnell und gründlich bleichen müssen.

Aber, wie gesagt, man hat inzwischen Fortschritte gemacht. Die Erfindung der ersten Farbstoffe, speziell des Mauveins, war ein reiner Zufall. Perkin wollte aus einer Anilinderivatsäure Chinin darstellen. Er erhielt anstatt dessen einen dunkeln Niederschlag, aus welchem sich mit Lösungsmitteln das herrlich gefärbte Mauvein ausziehen ließ. Perkin's Versuch der Chininderivatsäure war unbrauchbar, und er hätte überhaupt nichts Verständiges gewonnen, wenn sein Anilin nicht mit einem andern Abkömmling des Benzols, mit dem Toluol oder Methylbenzol verunreinigt gewesen wäre.

Ueberhaupt stand man damals den Dingen, die aus dem Steinkohlenteer kamen, noch sehr hilflos gegenüber. Es war natürlich leicht, die sogenannte empirische Formel irgendeines Benzolderivates festzustellen, das heißt ausfindig zu machen, wieviel Prozent Kohlenstoff und Wasserstoff, Stickstoff, Chlor und dergleichen mehr in irgendeinem dieser Dünge stecken. Aber schon entwickelten die Analysenabwägungen eine neue Perfidie. Sie traten immer auf. Das heißt sehr verschiedene Stoffe zeigten genau dieselbe prozentuale Zusammensetzung, so daß die einfache prozentuale Analyse verzwweifelt wenig nutzen konnte.

In jener kritischen Zeit war es, da der Berliner Chemiker Kekulé im Jahre 1858 den rechten Weg fand. Man erzählt wohl, daß dem alten Pythagoras sein berühmter Lehrsatz in der Badewanne klar geworden sei, und daß er, nur sehr wäbig bekleidet, mit dem Hute „Gureta“ sofort auf die Agora abgelaufen sei. Kekulé kam die Erleuchtung nach seinen eigenen Mitteilungen während des Schlafes. Er träumte, daß er in die Struktur, in den Aufbau der kleinsten Teile dieser Benzolabkömmlinge hineinsehen konnte. Er sah mit geistigem Auge, wie die mit je vier Händen begabten Kohlenstoffatome zu je sechs sich zum Ringelreihen anfügten, wie sie sich hier bald zwei, dort nur eine Hand reichten, und mit der vierten freien Hand allerlei Anhang muschelten, die Atome vom Chlor, Stickstoff oder Wasserstoff oder auch ganze Gruppen aus den angelegenen Familien der Amide und Nitro, der Methylo und Acetyl und andre mehr. Er sah, wie solche Gruppen am Ringel-

